

ROTER MORGEN

Nr.2 5.2.98 32.Jahrgang 1DM

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Erscheint 14-tägig

**StaSi plante Sprengstoff-
attentat gegen KPD-Genos-
sen** Serie Teil 3
Seite 12-14

**Erfolgreiches Sozialismus-
Seminar**
Seite 15-17

Redaktion: Zeitungsverlag RM, Postfach 401051,
70410 Stuttgart
Tel. 0711/8702209 Fax 0711/8702445
Vertrieb: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach
1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.
E-Mail: KPD-Roter-Morgen@t-online.de
Internet: <http://home.t-online.de/home/KPD-Roter-Morgen>

Französisch lernen: Arbeitslose sind eine Macht!



"Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter im Kampf! Arbeit ist ein Recht, ein Auskommen ist eine Notwendigkeit" - unter diesen Forderungen demonstrierten Zehntausende in Frankreich.

Seit Dezember kämpfen zigtausende französische Arbeitslose. Sie zeigen: Arbeitslose sind nicht wehrlos! Im Gegenteil, sie können zu einer gesellschaftlichen Kraft werden. Fast drei Viertel der Bevölkerung steht hinter ihnen.

Sie fordern u.a.:

- Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe um mindestens 500 DM monatlich!
- 35-Stunden-Woche sofort! Schaffung neuer Arbeitsplätze!

Entscheidend ist dabei, daß sie nicht auf die schönen Phrasen einer "Linksregierung" vertrauen, sondern selbst aktiv werden. Sie verlangen Arbeit und die sofortige Linderung ihrer sozialen Not.

Auch in Deutschland ist die Lage der Arbeitslosen dramatisch. Offiziell sind es mittlerweile rund 4,5 Mio. Und 98 wird wieder bei den Arbeitslosen gekürzt und gedrückt. Durch die monatliche, bisher 14-tägige Auszahlung der Arbeitslosengelder bzw. -hilfen kommen viele Arbeitslose und ihre Fa-

milien in Not. Sie können, da es ihnen sowieso nicht rosig geht, dem Staat nicht noch 2 Wochen kostenlosen Kredit geben. Zumutbarkeitsregelungen, permanente Melde- und Anwesenheitspflicht schaffen keine Arbeitsplätze, aber schikanieren Arbeitslose und zwingen sie, Billigjobs anzunehmen. Abfindungen werden vom Arbeitslosengeld bis zu 75% abgezogen. Nach Weiterbildungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt verliert

Fortsetzung auf S.2

Fortsetzung von S.1 Französisch lernen!

man den bisherigen Anspruch auf Verlängerung der Leistungen. So wird die Not ausgenutzt und die Opfer immer weiter heruntergedrückt.

Arbeitslose werden nicht als Menschen angesehen, die Rechte haben, sondern als Belastung. Wie sagte ein Manager so schön: Sie seien Wohlstandsmüll!

Arbeitslose müssen wie in Frankreich kämpfen! Nicht für eine Partei und eine "Linksregierung", sondern für sich und ihre Interessen. Die, die noch Arbeit haben, müssen solidarisch sein. Denn schnell kann es jeden tref-

fen. Trotz Wirtschaftswachstum soll in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen!

In Deutschland gibt es immer noch keine gesetzliche 35-Stunden-Woche für die gesamte Wirtschaft, wie sie jetzt in Frankreich und Italien unter dem Druck der Arbeiter- und Arbeitslosenbewegung eingeführt wird. Eine solche 35-Stunden-Woche würde auch in Deutschland einige hunderttausende Arbeitsplätze bringen.

Die, die noch Arbeit haben, werden unter Ruinierung ihrer Gesundheit zu vielen Millionen Überstunden gezwungen, während Millionen arbeitslos sind. Ein gesetzliches Verbot von Überstunden würde ebenfalls

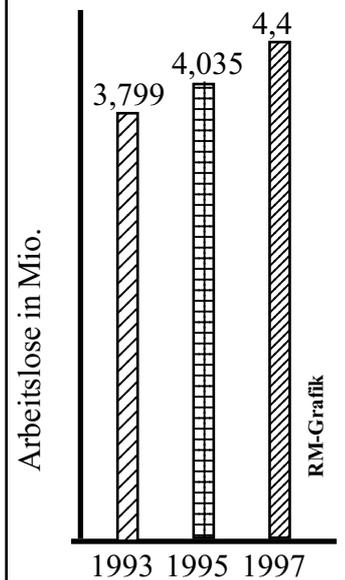
hunderttausende Arbeitsplätze schaffen.

Weder Regierung noch die "Opposition" haben Pläne in diese Richtung. Denn für das Kapital ist ein millionenfaches Arbeitslosenheer günstig, so lassen sich die Löhne drücken, die Arbeitskräfte mit Überstunden und Arbeitshetze ausquetschen und Arbeitslose und Arbeitende gegeneinander ausspielen. Die Regierung und die "Opposition" machen sich sogar gemeinsam daran, den Reichen Steuererleichterungen z.B. bei der Gewerbesteuer in Milliardenhöhe zu verschaffen. Mit den Profiten steigt die Armut! Unser Land ist nicht ärmer geworden. Im Gegenteil, die Wirtschaftskraft ist

gestiegen! Aber es läuft eine permanente Umverteilung von unten nach oben. Schluß damit!

**Gesetzliche 35-Stunden-Woche sofort!
Überstundenverbot!
Mehr Arbeitsplätze her!
Arbeit, Wohnung,
gleiche Rechte und
Auskommen für alle!**

Die Zahl der Arbeitslosen wächst stetig



Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) stellt sich vor:

In der Tradition von Luxemburg, Liebknecht und Thälmann wurde die KPD am 31.12.1968 in Hamburg neu gegründet, als Gegenpol zur von der SED finanzierten DKP. Gründer der Partei waren Ernst Aust und andere Kommunisten, die erkannt hatten, daß in verschiedenen Ländern wie in der Sowjetunion, DDR u.a. der Sozialismus zu Grabe getragen worden war. Ihnen war klar, daß mit dieser negativen, unumkehrbar gewordenen gesellschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern die Rückkehr in die Arme des „normalen“ Kapitalismus vorprogrammiert war.

Folgerichtig wurde 1975 auch in der damaligen DDR unter sehr schwierigen Bedingungen die Sektion DDR der KPD gegründet. Sie versuchte, eine illegale Arbeit gegen die SED und das Honecker-Regime aufzubauen, verbunden mit dem politischen Ziel der Wiederherstellung tatsächlicher sozialistischer Verhältnisse. Anfang der achtziger Jahre wurde durch die Stasi die Struktur der illegalen KPD in der DDR aufgedeckt, Mitglieder verhaftet und viele mußten für Jahre ins Gefängnis.

In Westdeutschland wurde die KPD zunehmend ein Spielball von politischen Kräften, deren erklärtes Ziel darin bestand, die KPD aufzulösen. Trotz zeitweiliger Erfolge der Partei, die zu einem spürbaren Einfluß in Betrieb und Gewerkschaft, sowie in einzelnen Städten und Regionen führten, basierte die Entwicklung der KPD noch nicht auf wirklich soliden

Fundamenten. In erster Linie deshalb, weil man die wissenschaftliche Methode des Marxismus noch allzuoft mit dem Nachbeten angeblicher, zuweilen religiöse Züge annehmender Prinzipien verwechselte. Idealistische Träumereien, aber auch Anpasserei vermischten sich mit ernsthaften Bemühungen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung eine Alternative zu entwickeln.

Die Marxisten-Leninisten in der Partei begannen 1985 mit dem Neuaufbau.

Nach jahrelangen Klärungsprozessen - analog zum endgültigen Zusammenbruch des Sozialismus weltweit - konnte die KPD Anfang 1993 ein den Verhältnissen in Deutschland angepaßtes kommunistisches Programm vorlegen. Frei von jeglicher Anlehnung an Sek-

tenmentalität, an neue und alte „sozialistische Götter“, ob sie nun Honecker, Mao, Kim Il Sung oder Castro heißen mögen. Dieses Programm ermöglicht die Entwicklung zu einer ernsthaften politischen Kraft.

Heute geht es um eine zielstrebige Verbreitung einer soliden, an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierten kommunistischen Partei. Die politische Lösung der KPD „Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle!“ signalisiert das. Wir sprechen die an, die nach einer Alternative zum kapitalistischen Deutschland suchen, sich fortschrittlich, klassenkämpferisch engagieren und bewußt organisieren wollen:

Nehmt Verbindung auf zur Kommunistischen Partei Deutschlands!

"Arbeit, Wohnung und Auskommen für alle!" - das steht im Mittelpunkt der Arbeit unserer Partei. Nutzen Sie die Gelegenheit, die KPD einmal näher kennenzulernen.

Ich möchte das Programm der KPD zugeschickt bekommen (bitte 3 DM in Briefmarken beilegen).

Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD eingeladen werden.

Ich möchte ein unverbindliches Gespräch

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ, Wohnort.....

**Bitte ausschneiden und einsenden an: Literaturvertrieb,
Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg
v.d.H.**

IMPRESSUM

Hrsg.: ZK der KPD.
Verlag: Diethard Möller, Zeitungsverlag Roter Morgen, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
V.i.S.d.P.: D.Möller, Postf. 401051, 70410 Stuttgart
ISSN 0939-2947

Redaktion: Zeitungsverlag RM, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
Telefon: 0711/8702209
Telefax: 0711/8702445

Vertrieb: Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Redaktionsschluß für RM 3/98: 14.2.98; Eilmeldungen bis 16.2.98 an Redaktion in Stuttgart.





In Nr.23/97 und Nr.1/98 von ROTER MORGEN wiesen wir auf die vom Kapital vorbereiteten scharfen Angriffe gegen Interessen, Rechte, Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen sowie gegen die Gewerkschaften hin. In Nr. 1/98 ging es um H. O. Henkels Aufforderung zum Bruch der Tarifverträge. In der Tat haben sich in den letzten Wochen etliche Vertreter des Kapitals von Henkel distanziert. Öffentlich wurde die Frage der Ablösung Henkels diskutiert. Am Kern der Sache ändert sich unserer Meinung nach deshalb nichts. Die Frage steht nicht: „Tarifverträge knacken - ja oder nein?“, sondern: „Fahren wir Crash-Kurs oder geht's geschickter?“ Deutlichstes Indiz dafür: Gesamtmetallechef Stumpfe, um dessen „Frankfurter Erklärung“ (Punkt 4: „Abschaffung“ der Streiks!) es in Nr. 23/97 ging, hat diese keinesfalls zurückgenommen. Er läßt sie vielmehr breit in den Metallbetrieben verteilen. Er distanzierte sich zwar von Henkel, keineswegs aber von seinen Angriffsplänen! Weder Henkel, noch Stumpfe oder Hundt aber stehen mit ihren „Ideen“ allein. Deshalb nun:

Vor scharfen Angriffen des Kapitals! (Teil III)

Ist der Flächentarifvertrag verfassungswidrig?

Diese Frage ist nicht so spinert, wie sie eingefleischten Gewerkschaftsredaktören erscheinen mag, die im Funktionärs-Infodienst der IG Metall „Direkt“ soeben noch andächtig den Verfassungsrang der Tarifautonomie beschworen. Henkel und seine Leute wie auch andere Kapitalvertreter kennen die Einwände gegen eine wie auch immer geartete Politik des Tarifvertragsbruchs sehr wohl. Und so wurden die „34. Bitburger Gespräche“, eine Diskussionsrunde der Kapitalseite, die Anfang des Jahres unter dem Motto „*Tarif- und Arbeitsbedingungen — Ursachen der Standortkrise und der Arbeitslosigkeit?*“ abgehalten wurde, zum Forum für einen weiteren wüsten Angriff, wahrscheinlich der Henkel-Leute. Glaubt man dem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 12.1.98, so muß dort einiges an Rang und Namen aus der bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaft sowie aus der Kapitalistenszene anwesend gewesen sein.

Ein „junger Berliner Staatsrechtler“ namens Hege Sodan führte in Bitburg den Angriff! Es ist bedeutsam, **dass er gefahren wurde**, nicht daß er auch auf Widerstand stieß! **Sodan bezweifelte öffentlich und ausdrücklich, daß die heutigen**

Flächentarifverträge verfassungskonform seien. Hoppla! Kommunisten kennen solche Phrasen aus dem Munde der Herrschenden, wenn es um das KPD-Verbot und ähnliches geht. Aber jetzt die Tarifverträge!? Sollte es sich bei den braven DGB-Chefs um verkappte Verfassungsfeinde handeln, die mit krimineller Energie die armen Kapitalisten, welche sie heuchlerisch als Sozialpartner titulieren, zu verfassungsfeindlichem Tun zwingen, indem sie diese zur Unterzeichnung von Flächentarifverträgen nötigen?!

Man wird sehen! Erst einmal gibt man sich streng juristisch! Artikel 9 Grundgesetz, der bekanntlich das Grundrecht der Koalitionsfreiheit, speziell auch das der gewerkschaftlichen Organisation zwecks „*Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen*“ enthält, schaffe nicht nur eine „*tarifvertragliche Regelungsmacht*“, sondern *begrenze* diese auch, so Herr Sodan. Denn, so sein Argument, wenn „*durch tarifvertragliche Lohnsteigerungen die Summe der Kosten und Zusatzkosten des Faktors Arbeit langfristig und dauerhaft die allgemeine Produktivität der Arbeit im Tarifgebiet übersteigt, sind diese Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse schon ihrer Existenz*

nach nicht mehr dauerhaft gewahrt, geschweige denn gefördert. ... Überhöhte Tarifabschlüsse ... können dem verfassungsrechtlichen Zweck der Tarifautonomie nicht entsprechen.“ (Zitiert nach Stuttgarter Zeitung 12.1.98). Sodan zufolge erlaube die Tarifautonomie nur, **ein Mindestlohniveau festzusetzen**, das die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen wahrt und fördert.

Irgendwie kommt einem der letzte Spuch doch bekannt vor! Woher kennen wir ihn nur? Ach so, ja, genau. Das war doch die Forderung Nummer eins der Frankfurter Erklärung (Vgl. RM 23/97, S. 4) von Gesamtmetall, von Herrn Stumpfe: Tarifverträge sollten zukünftig nur noch **Mindestregelungen** festlegen. Jetzt kommt da ein „junger Staatsrechtler“ daher und stellt den Kapitalisten tarifliche Hungerlöhne sozusagen als verfassungsmäßiges Grundrecht in Aussicht. Donnerwetter, wie das wieder paßt!

Aber Spaß beiseite. Das Timing der beiden Angriffe ist offenkundig. Sodan erntete starken Widerspruch, wie auch Henkel. Wer sich aber damit tröstet, lügt sich in die Tasche. Es ist zur Zeit unwichtig für Leute wie Henkel und ihre „wissenschaftlichen“ Lohnschreiber wie Sodan, ob sie

sogleich mit ihren Worten durchdringen. Sie beweisen vielmehr, daß auf der Seite des Kapitals Leute am Werk sind, die Angriffe gegen uns, gegen die arbeitenden Menschen auf unerwarteten, neuen Feldern vorbereiten. Die offiziellen Gewerkschaftsführungen berufen sich nicht selten pathetisch aufs Grundgesetz. Das können die Kapitalisten jetzt auch!! Sie üben jedenfalls schon mal.

Es gibt keine abstrakte Wahrheit, was verfassungskonform ist und was nicht. Hier werden Kräfteverhältnisse aufgebaut, geschaffen und organisiert. Wenn Henkel und Co. es schaffen, die Verfassung für sich zu reklamieren und die Tarifkämpfe auch nur als verfassungsmäßig fragwürdig zu diskreditieren, dann kann sich die Arbeiterklasse auf etwas gefaßt machen.

Im RM 23/97 dokumentierten wir, daß Stumpfe von Gesamtmetall in Punkt 4 der „Frankfurter Erklärung“ das Streikrecht offen angreift. Sodan liefert sogleich eine verfassungsrechtliche Argumentation hinzu!

Illusionen ins Grundgesetz helfen den arbeitenden Menschen nichts. Hier müssen wir aufklären über dessen wahren Charakter, über die weitgehen-

Fortsetzung auf S.4

Aktiv gegen den Sozialabbau!

Nachdem die Streichliste des Oberbürgermeisters Norbert Gansel (SPD) für den Haushalt '98 in Kiel bekannt geworden war, trafen sich am 22.10.97 zum ersten Mal Vertreter der verschiedenen Organisationen, um über Abwehrmaßnahmen zu be-

raten. Ein Vertreter der KPD war auch dabei. Die Hälfte der Leute waren Frauen. Sie vor allem brachten Kampfbereitschaft und Power mit. Kein Wunder, wenn man sich die Streichliste Gansels ansieht:

	Haushalt 1997	Entwurf Gansel für 1998
Seniorenpaß	106.700,00	0,00
Frauenachtfahrten	325.000,00	0,00
Behindertenfahrten	30.000,00	0,00
Arbeitslosenticket	1.080.000,00	0,00
Frauenhaus	97.000,00	3.600,00
Autonom. Mädchenhaus	1.284.000,00	990.500,00
Kulturveranst. Frauen und Lesben	15.000,00	0,00
Interkulturelle Wochen	35.600,00	24.000,00
Summen	2.973.300,00	1.018.100,00
Streichungen gesamt		1.955.200,00

Die Anwesenden gaben sich den Namen „Aktionskreis sozialer Unfrieden“. Der Aktionskreis führte in der Folgezeit eine ganze Reihe von Aktionen durch, die sich nicht nur gegen die konkret geplanten Streichungen richteten, sondern auch gegen den Sozialabbau im allgemeinen:

Am 8.11.1997 fand im Schloß eine bürgerliche Veranstaltung zum Umweltschutz statt. Mit dabei waren Norbert Gansel und der Aktionskreis. Draußen hielten einige Leute eine große Plastikplane in entsprechender Höhe, die symbolisieren sollte: Uns steht das Wasser bis zum Halse. Für die Wellenbewegungen sorgte der frische Wind. Außerdem dabei: Flugblätter, Transparente, Stellschilder. Drinnen traten ein paar Leute vor die versammelte Bourgeoisie mit einem großen Transparent gegen den Sozialabbau, als Gansel gerade ans Rednerpult trat. Ein Arbeitsloser hielt eine kurze Rede.

An mehreren Ratsversammlungen nahm auch der Aktionskreis teil. Einmal wurden mehrere Transparente von den Galerien nach unten entrollt - u.a. mit der Losung „Stoppt Gansel!“ - Gänsefedern rieselten in kleinen Mengen nach unten und rote Handzettel mit verschiedenen Forderungen. Die Stadtpräsidentin Silke Reyer (SPD) und Gansel reagierten verärgert.

Der Aktionskreis war auch dabei, als Gansel und der Bauaus-

schuß die Hörnbrücke besichtigten. Zur Erklärung: Die Hörn ist der letzte kleine Teil des Hafens, und die Brücke ist überflüssig, weil der Hafen sowieso nach ein paar Metern zu Ende ist. Diese kleine Fußgängerbrücke über die Hörn gilt in Kiel als Symbol der Verschwendung (bisher kostet sie den Steuerzahler über 20 Millionen). Eigentlich ist sie schon lange fertig. Doch obwohl sie der Bevölkerung noch nie zugänglich war, muß ständig an ihr etwas verändert, verbessert und repariert werden. Einige Leute des Aktionskreises stürmten über die Absperrkette und unter dem halbblauen Protest der städtischen Politprominenz auf die Brücke, als sie gerade unten war (es ist eine Klappbrücke). Einer der Arbeitslosen hielt eine Ansprache an das Publikum auf der provisorischen Ersatzbrücke, die neben der eigentlichen Brücke über die Hörn führt. Wir anderen trugen Transparente und Schilder. Andere verteilten vor der Absperrung Flugblätter. Zum Schluß wurden die Hände voll Pfennigstücke nach allen Seiten unter die Menge und ins Wasser geschleudert, mit der Erklärung, daß wir auch Geld verschwenden können. Das Publikum schaute hauptsächlich interessiert.

Um den Haushaltsentwurf zu beraten, zog sich die SPD-Ratsfraktion zu einer Klausurtagung in die Sparkasse (!) zurück. Der Aktionskreis war schon da, als die SPDler ankamen. Er hatte eine

Suppenküche aufgebaut, um die SPDler zu nötigen, die Suppe, die sie dabei waren, den Armen der Stadt einzubrockeln, selbst auszulöffeln.

Die Sparpläne wurden nicht in der geplanten Schärfe verabschiedet. Der Aktionskreis führte diesen - wenn auch sehr kleinen - Erfolg auf seine Aktionen zurück. Die Massen wurden zunehmend aufmerksam; die Medien berichteten über die Aktionen, und die Besetzung der Hörnbrücke wurde im regionalen Fernsehen gezeigt.

Im Aktionskreis wurde die schwankende Haltung der Grünen hart kritisiert. Statt von Anfang an alle Sparvorschläge konsequent abzulehnen, haben sie wie alle anderen im Stadtrat um jede Mark

„Politiker, die Unternehmen auffordern, Arbeitsplätze wie eine Bringschuld zu behandeln, verkennen die Grundgesetze der Ökonomie. Unternehmer sind Unternehmer, um Gewinne zu machen.“

Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) im Focus

gefeilscht. Tiefgreifende politische Diskussionen fanden im Aktionskreis bisher nicht statt. Die vielen gelungenen Aktionen zeigen, daß das bisher auch nicht nötig war.

Nach der Verabschiedung des Haushaltes wird der Aktionskreis seine weitere Arbeit besprechen.

Joschka Fischer für Maximalprofit

„Wir wollen den nötigen Strukturwandel mit einer ökologischen Steuerreform anpacken. Dabei sind wir jedoch nicht für Kapitalvernichtung, sondern wir wollen, daß Investitionen mit möglichst hoher Rendite wieder zurückfließen.“ (Joschka Fischer in der Wirtschaftswoche vom 6.7.1995). Deshalb sprach sich Fischer gegen zusätzliche Belastungen der Industrie durch die Ökosteuer aus. Wir halten es für angesagt, an diese Position zu erinnern, weil Fischer gerade jetzt vor der Bundestagswahl für die „Wende“ eintritt, für die

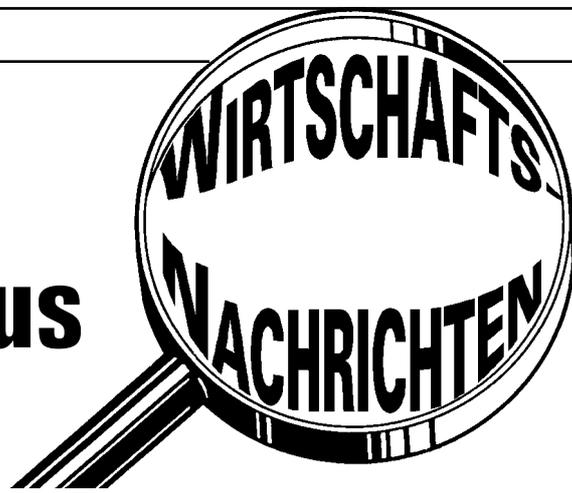
Nutzung einer einmaligen Chance, den „Neoliberalismus“ in die Schranken zu verweisen. Was auch immer geändert würde: der Maximalprofit für das Kapital würde durch die Grünen unter Führung Fischers nicht gefährdet. In dieser Hinsicht wird es keine Wende geben. Es wäre deshalb auch oberflächlich, den Grünen die Rolle einer Opposition zuzuschreiben. Sie stehen in Opposition zur CDU, aber CDU und Grünen stehen nicht in Opposition zum Kapital. Und darauf kommt es schließlich an.

Fortsetzung von S.3 Vor scharfen...

den Angriffspläne der Kapitalisten und über die notwendige Verschärfung des Klassenkampfes in der nächsten Zeit. Über Strategien und Taktiken des Co-Managements und der Klassenzusammenarbeit, wie sie die DGB-Führer verbreiten und praktizieren, haben Leute wie Henkel längst ihr Urteil gesprochen. Andere Kapitalvertreter mögen andere Taktiken bevorzugen. Wichtig ist, daß der Kurs der scharfen Angriffe sich bereits „wissenschaftlichen“ Beistand organisiert. Daraus schließen wir, daß diese Kapitalriege nicht

darin denken wird, klein beizugeben, weil sie gerade etwas Gegenwind von Hundt oder anderen verspürt. In dem Spiegel-Gespräch, in dem Henkel gegenüber Mochtgergnkanzler(kandidat) Schröder seine umstrittenen Äußerungen machte, kann man es auch direkt nachlesen. Entgeistert hält dort Schröder dem Herrn Henkel vor, er wolle „die Kraft, die in der deutschen Volkswirtschaft lebt und die immer vom Konsens gelebt“ habe, ruinieren. Schröder verspricht: „Diesen Konsens werden wir nach der Wahl wieder herstellen.“

Henkel darauf: „Das ist doch das Modell von gestern!“



Imperialismus

Konkret

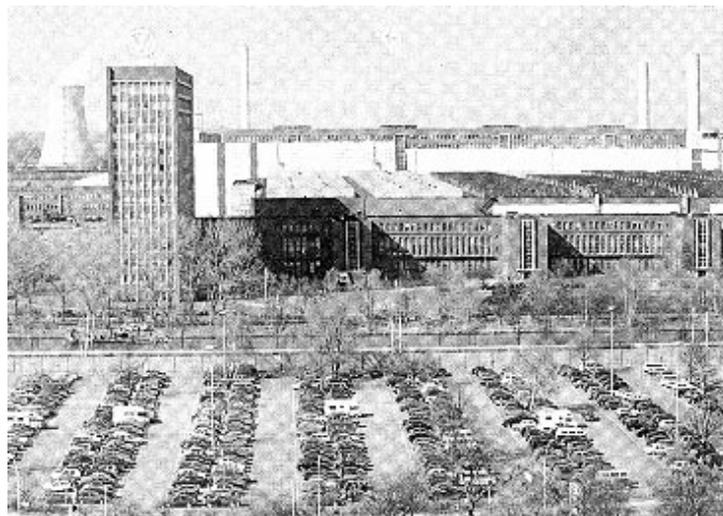
Automobilindustrie

Die Rekorde von heute sind die Probleme von morgen

Die Automobilindustrie sonnt sich in der Erwartung neuer Produktionsrekorde. 5 Mio. PKW und Nutzfahrzeuge sind es 1997. 5,2 Mio. sollen es 1998 sein. Während sich die Propagandisten auf den Höhepunkt im Jahre 1992 beziehen, sieht die Sache schon etwas anders aus, wenn man als Bezugsjahr 1989 nimmt. 1989 wurden von 890.000 Beschäftigten 4,9 Mio. Fahrzeuge produziert, 1997 von 681.000 Beschäftigten 5 Mio. Trotz Wiedervereinigung und Eroberung des ostdeutschen Marktes stagniert die Inlandsproduktion also. Das einzig sichtbare Ergebnis ist die Entlassung von 210.000 Automobilbeschäftigten. Die Produktivität der Verbleibenden stieg rasant. Die Automanager verweisen dagegen darauf, daß 1997 25.000 Arbeitskräfte neu eingestellt wurden und protzen von einer „beeindruckenden Zahl“ (Handelsblatt 30./31.1.). Während die Automanager in Rekordhoffnungen schwelgen, rechnet die IG Metall damit, daß in Zukunft weitere 200.000 Automobilbeschäftigte entlassen werden.

Hauptproblem der Autoindustrie ist nicht die Produktionsziffer, sondern die Profitrate. Gewaltige Überkapazitäten von 25% drücken auf die Profitrate. Das Bruttoanlagevermögen (Ausrüstungen und Bauten) der Automobilindustrie zu Wiederbeschaffungspreisen stieg von 161,8 Mrd. DM im Jahre 1989 auf 224,6 Mrd. DM im Jahre 1995. Während das insgesamt in

Produktionsmittel (ohne Vorräte) investierte Kapital um über 60 Mrd. DM zunahm, nahm die Bruttolohn- und Gehaltssumme der westdeutschen Automobilindustrie nur um weniger als 10 Mrd. DM brutto auf rd. 55 Mrd. DM zu. 1996 und 1997 sind zusammen noch einmal 30 Mrd. DM investiert worden, während die Bruttolohn- und Gehaltssumme kaum zunahm. Genauso stolz



Das Stammwerk von VW in Wolfsburg - trotz 30 Stunden-Woche und Lohnsenkungen werden ständig Arbeitsplätze abgebaut.

wie auf die Produktionszahlen verweisen die Automanager auf den Investitionsrekord von geplanten 17,6 Mrd. DM brutto in 1998. Neue Modelle um jeden Preis und neue Anlagen sollen die Stellung in der Konkurrenz verbessern. Doch die Investitionsrekorde nagen an den Profitraten und ziehen die Automobilindustrie in den Strudel zukünftiger Kapitalvernichtung. Die Autofunktionäre müssen deshalb in ihren Angriffen auf die Be-

schäftigten der Automobilindustrie immer aggressiver werden. Die stagnierende Produktion bei explodierendem Umfang des in Produktionsmitteln verausgabten Kapitals steht einer fallenden Inlandskaufkraft gegenüber, die auch durch die Automobilindustrie selbst mitverursacht wird. Der „fortschreitende Preisverfall“ in Westeuropa als logische Folge der Überproduktion macht

es der Branche „immer schwerer, die angestrebten Ertragsziele zu erreichen“ (Handelsblatt 30./31.1.). Die durch höhere Produktivität erwirtschafteten Profite können immer weniger realisiert werden.

Die Autofunktionäre verweisen auf steigende Exporte als Ausweg. Doch die Exporte in die OECD-Länder, als Westeuropa, USA, Kanada und Japan sind seit 1989 zurückgegangen. Der Zuwachs entfällt ausschließlich

auf die Nicht-OECD-Länder, vor allem in Asien. Und hier gibt es nicht nur gewaltige Exporteinbrüche, sondern auch die Gefahr, daß z.B. die angeschlagenen koreanischen Automonopole mit ihren durch die drastische Abwertung gesunkenen Preisen auf den Markt in Europa drängen könnten.

Der wichtigste Industriezweig Deutschlands steckt in tiefen Widersprüchen, die alle nicht die Ursache in erster Linie in der globalen Konkurrenz haben. Die Produktivkräfte sind beschränkt im Gefängnis der Kapitalverwertung. Diese zwingt dazu, die Produktion um der Produktion willen voranzutreiben, ohne Rücksicht auf gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten, ohne Rücksicht auf ein Gleichgewicht von Produktion und Konsumtion, ohne Rücksicht auf die Umwelt, ohne Rücksicht auf die richtigen Proportionen zwischen Automobilproduktion und der Befriedigung anderer Bedürfnisse, ohne Rücksicht auf ein kostengünstiges Verkehrswesen insgesamt. Während die vergreisten Funktionäre des Kapitals sich in Rekorde sonnen, verstrickt sich das Kapital immer tiefer in seine Widersprüche. Aus diesen kann es nur durch die Arbeiterklasse befreit werden. Nicht durch eine sozialpartnerschaftliche Mitarbeit an der Steigerung seiner Produktivität, sondern durch seine Enteignung. (vgl. auch RM Nr. 17 vom 18.9.1997)

Volkswagen

Freihandel predigen, Monopolismus praktizieren

Die Prediger des freien Wettbewerbs und des freien Handels sind in Wirklichkeit Praktiker von maximalen Beschränkungen des Wettbewerbs. Die Automonopole haben z.B. das Recht, den Vertrieb ihrer Wagen nur über die ihnen angeschlossenen Vertragshändler abzuwickeln (vgl. RM 19/1997). Mehr noch: VW hat es seinen Händlern in Italien untersagt, VWs und Audis, die dort billiger sind als in

Deutschland, an deutsche Kunden zu verkaufen. Für diese monopolistischen Praktiken verhängte die EU-Kommission ein Bußgeld von 202 Mio. DM. Die EU-Kommission griff nur einen groben Auswuchs des Monopolismus an, nicht den Monopolismus selbst. Dennoch sind dem VW-Vorstand auch Beschränkungen, die mit Wiederherstellung des „freien Handelns“ noch gar nichts zu tun haben, über-

haupt nicht begreiflich. Er kann und will sie nicht praktizieren, weil auch nur die Andeutung eines freien Handels nicht zeitgemäß ist. Er sah im Bußgeld folglich auch keine Sanktion, mit der man gezwungen werden soll, einige ganz grobe ökonomische Auswüchse des Monopolismus abzustellen. Er sah es als „politische Strafe“ an, die mit der Ökonomie nichts zu tun hat, währliche die übliche Unterdrück-

ung der Deutschen durch das Ausland.

Es fehlte nicht der Hinweis, daß man das Bußgeld aus Rückstellungen bezahlen könne, also mit Hilfe des deutschen Steuerzahlers. Konzerne wie VW sind nicht nur bei der Festsetzung ihrer Monopolpreise parasitär, sondern auch bei der Bezahlung von Bußgeldern wegen der Verteidigung überhöhter Preise.

Wie das Wertgesetz wirkt:

In Westdeutschland jährlich weit mehr als 250 Millionen Mark Schaden durch Chemie auf dem Acker

Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft führt nach einer Untersuchung des Bonner Landwirtschaftsministeriums zu erheblichen Folgeschäden. Die an der Universität Hannover in sechsjähriger Arbeit angefertigte Studie stellt fest: Allein auf dem Gebiet der alten Bundesländer werden pro Jahr rund 30.000 Tonnen Pestizide versprüht; dadurch entstehen der Gesellschaft Schäden in Höhe von mindestens 252 bis 312 Millionen Mark. (FR 26.1.)

Der größte Negativposten betrifft der Studie zufolge mit 128 bis 186 Millionen Mark die Kontrolle und Aufbereitung von pestizidbelastetem Trinkwasser. Hinzu kommen Kosten unter anderem durch akute Gesundheitsschäden, zum Beispiel Vergiftungen (23 Millionen Mark), den Rückgang der Artenvielfalt durch Herbizideinsatz (zehn Millionen Mark) oder Giftschäden an Honigbienen (zwei bis vier Millionen Mark). Ausdrücklich weisen die Wissenschaftler darauf hin, daß wichtige Negativbereiche wegen derzeit noch mangelhafter Datenlage noch nicht eingerechnet sind, darunter die Kosten für chronische Gesundheitsschäden und „*langfristige Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und den Boden*“. Dies könne die Summe noch deutlich erhöhen. In der Tat: Offenbar

hat die Studie beispielsweise nur **schwerste** Gesundheitsschädigungen berücksichtigt, bei denen unstrittig ist, also selbst von den Chemiemonopolen nicht bestritten werden kann, daß sie auf Pestizide zurückzuführen sind. Die tatsächlichen Schäden liegen mit Sicherheit **weit höher**. Und die Schäden für kommende Generationen durch nachhaltige Ruinierung der Böden können **gar nicht ermessen** werden.

Wohlgemerkt: Der Umstand, daß sich Menschen mit Krankheiten quälen müssen, daß viele früher sterben usw., all dies geht von vornherein **nicht** als Schaden in die betreffenden Berechnungen ein. Hier geht nur ein, was sich in Mark und Pfennig ausdrücken läßt. Krankheiten erscheinen bei dieser Betrachtungsweise nur insoweit als Schaden, als dadurch z.B. Behandlungskosten entstehen. Die Schäden, die dadurch entstehen, daß Arbeitskraft infolge von Krankheit brach liegt, könnten zwar in Mark und Pfennig ausgedrückt werden, werden aber von dieser Studie vermutlich ebenfalls nicht berücksichtigt. Auch aus diesem Grunde dürften die Schäden bedeutend höher sein, als in der Studie angenommen. Selbst bei dieser Betrachtungsweise also, in welcher der Mensch als solcher nichts zählt, soweit seine Betätigung sich nicht in Mark und Pfen-

nig ausdrückt, selbst bei dieser Betrachtungsweise ist der Einsatz von Pestiziden unwirtschaftlich.

Und dennoch ist dagegen kein Kraut gewachsen. Warum? Weil in der bürgerlichen Gesellschaft nicht die gesamtgesellschaftliche Rentabilität zählt, sondern die kurzfristige Rentabilität einzelner Privater, seien diese Private auch riesige Monopolgesellschaften. Der Private versucht, den höchstmöglichen Vorteil zu erzielen und sich privat anzueignen, die damit verbundenen Nachteile und Kosten aber der Gesellschaft aufzubürden, sie zu „externalisieren“. Die Agrarmonopole senken ihre Produktionskosten und erhöhen ihre Profite, indem durch den Einsatz von Pestiziden Ernteverluste verringert werden und weniger Arbeitskraft aufgewandt werden muß. Die Chemiemonopole verdienen am Verkauf der Pestizide. Was kümmert es die Agrar- und Chemiemonopole, wenn Millionen Menschen krank werden? Den Chemiemonopolen nutzt das sogar ganz direkt. Nicht nur, daß sie die Medikamente nicht bezahlen müssen. Sie verdienen erneut, weil sie die Medikamente verkaufen und Profit daraus schlagen.

Dies kann nicht anders sein in einer Gesellschaft, in der das Wertgesetz der hauptsächliche Regulator der Produktion ist. Der Profit erscheint als die Differenz zwi-

schen dem Verkaufspreis und den einzelbetrieblich verausgabten Kosten; Folgekosten, die **außerhalb des Betriebs** entstehen, die zwar die Gesellschaft, nicht aber den privaten Produzenten belasten, gehen in die Kalkulation der Privaten nicht ein und **können** dort auch keine Rolle spielen. So groß die Schäden auch sind, wie viele Menschen sich auch quälen und früher sterben - die Logik des Wertgesetzes **zwingt** den privaten Produzenten, all dem keinerlei Bedeutung zuzumessen, denn all dies spielt für **seine private** Kosten-Nutzen-Rechnung keine Rolle. Er würde seinem eigenen Interesse zuwiderhandeln und letztlich unter dem Druck der Konkurrenz zugrunde gehen, würde er diese Dinge berücksichtigen.

Die Logik der Studie ist wie gesagt keine Logik, die sich am Menschen selbst orientiert. Auch sie orientiert sich am Wert, doch ihre Kosten-Nutzen-Rechnung ist gesamtgesellschaftlich und sprengt daher die Grenzen des Wertgesetzes. Die Autoren der Studie empfehlen, den Einsatz von Pestiziden zu „überdenken“, eine „*gezielte Abgabe*“ auf besonders belastende Pflanzenschutzmittel zu erheben, um damit den Einsatz herunterzudrücken. Angesichts der Untersuchungsergebnisse höchst bescheidene Vorschläge, doch die Autoren ahnten wohl, gegen welch

mächtigen Interessen ihre Studie sich richtet. Und trotz dieser Zurückhaltung mußte offenbar bereits die bloße **Veröffentlichung** der Studie erkämpft werden: Nach Informationen der *Frankfurter Rundschau* verzögerte sie sich deshalb, weil „ihre Ergebnisse intern heftig umstritten waren“. Mit anderen Worten: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, weil es den Interessen mächtiger Monopole zuwiderläuft.

Zwar ist es grundsätzlich möglich, juristische Gesetze zu erlassen, die in einzelnen Punkten das Wertgesetz durchbrechen. Die Herstellung bestimmter Produkte kann schlichtweg verboten werden, und es ist auch durchaus sinnvoll und notwendig, diesbezügliche Forderungen aufzustellen und dafür zu kämpfen. Doch in einer warenproduzierenden und am Profit orientierten Gesellschaftsordnung werden da immer nur sehr bescheidene Teilerfolge möglich sein, die durch das Wirken des Wertgesetzes, durch die Interessen der Privaten und insbesondere der Monopole immer wieder in Gefahr geraten werden. Eine **gesetzliche** Grundlage für das Verbot von Pestiziden besteht im übrigen bereits. So wies einer der Mitautoren der Untersuchung auf das geltende Pflanzenschutzmittelgesetz hin, wonach Gefahren abzuwenden sind, die „durch Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ... insbesondere für die Gesundheit von Mensch und Tier und für den Naturhaushalt entstehen können.“ Doch Rechtsnormen sind ein Nichts, wenn keine Kraft da ist, die ihre Durchsetzung erzwingt. Diese Kraft kann nur von der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Menschen aufgebracht werden, und es bedarf einer beträchtlichen Kraftanstrengung, um diesbezüglich auch nur bescheidene Erfolge zu erzielen.

Dies wird erst dann anders sein, wenn die Verhältnisse der warenproduzierenden Gesellschaft von Grund auf zerschlagen sind, wenn das Wertgesetz nicht mehr der hauptsächlichste Regulator der Produktion ist. Erst die politische Macht der Arbeiterklasse bietet die Möglichkeit, die Produktion in hohem Maße an den gesellschaftlichen Interessen zu orientieren. Da der Sozialismus erst die Übergangsgesellschaft zur klassenlosen

kommunistischen Gesellschaft ist, wird es allerdings auch im Sozialismus noch Sonderinteressen geben, die dem gesellschaftlichen Interesse zuwiderlaufen, doch die politische Macht der Arbeiterklas-

se und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus ermöglichen es, dem Wirken dieser Sonderinteressen enge Grenzen zu setzen. So wird es bereits im Sozialismus möglich sein, flächendeckend eine

Produktion zu verhindern, die dem gesellschaftlichen Interesse derart kraß zuwiderläuft.

Die Haushaltsplanung der Stadt Kierspe sieht Kürzungen, von bis zu 61 Prozent, bei Schulen

Vor! In Zahlen bedeutet die 61% konkret, daß 1998 die Gesamtschule (GSK) nur noch 29.931 DM zur Verfügung bekommt. 1997 waren es noch 76.000 DM (also 46.069 DM mehr). Das Geld wurde wie folgt verwendet: „*Unterhaltung von Schuleinrichtungen (33.000 Mark), Bücher und Fachzeitschriften (3.000 Mark) und Arbeitsmaterial (40.000 Mark)*“ (MZ 14.01.98). Natürlich wird die Gesamtschule mit den knapp 30.000 DM nicht zurecht kommen. Nicht nur die GSK ist betroffen, so wird z.B. die Schanhonllenschule, wenn der Haushaltsplan verwirklicht wird, 52% weniger bekommen!

Wie begründet der Kämmerer Frank Emde die Kürzungen? Er weißt auf das Einnamen/Ausgabendefizit von 6.634.693 DM hin. Weiter sagt er: „*daß man irgendwo mit den Kürzungen anfangen müsse. Wenn das Geld nicht da sei, müsse der Rotstift angesetzt werden*“ (MZ 14.01.98). Die KPD - Kierspe findet es gar nicht lustig, wenn gerade bei Schulen zuerst gekürzt wird! Warum wird nicht erst bei der Instandhaltung des Rathauses gespart?

Wo ist das fehlende Geld? Solange es noch diese immensen Steuerschlupflöcher und Abschreibemöglichkeiten für Besserverdienende gibt, wundert es uns nicht, daß Geld in den Kassen der Kommunen fehlt. Die KPD - Kierspe findet es unerträglich, daß es Einkommensmillionäre gibt, die weniger Steuern zahlen als Facharbeiter/innen! Es ist typisch, daß die Einkommensschwachen immer mehr abgeben müssen und gleichzeitig die Reichen immer weniger zum Wohl der Gesellschaft beitragen. Die Ursachen sind systembedingt. Ein Beispiel: Die veranlagte Einkommenssteuer fiel im ersten Halbjahr 1997 um 95%. Also von 5,6 Mrd. auf 0,28 Mrd. DM (Quelle: WiWo 09.10.97). Die Lohnsteuer (welche vor allem von Arbeiter/innen und Angestellten bezahlt wird) betrug 1996 ganze 251 Mrd. DM. Dies zeigt wie klein der Beitrag der Reichen im Vergleich ist. Nun behaupten die Regierenden nicht selten, daß es den Reichen derzeit auch nicht gut gehe. Dies ist eine blanke Lüge, denn es gab noch nie so viele (so) Reiche wie heute. In der BRD gibt es eine Million Millionäre und ganze 20.000 Milliardäre. Wenn wir gemeinsam nichts dagegen unternehmen, wird der Unterschied zwischen arm und reich nie beseitigt werden!

Was bedeuten die Kürzungen in den Schulen konkret? Die ohnehin schon z.T. marode Bausubstanz wird sich weiter verschlechtern! In der Gesamtschule gab und gibt es immer noch undichte Stellen, an denen Regenwasser eindringt. Diese Stellen sind Fundgruben für Schimmelpilze. Aber noch schlimmer sind die Einsparungen bei Anschaffungen von Büchern und Arbeitsmaterialien, schon jetzt sind viele veraltet, die dort beschriebenen Erkenntnisse sind z.T. schon widerlegt. Schüler/innen müssen so vermutlich noch mehr als ohnehin schon in den eigenen Sparstrumpf packen, um aktuelles Lehrmaterial bekommen zu können. Der Bildungsstandard wird drastisch sinken!

Wen betrifft dieser Zustand? Den Reichen wird dieser Zustand wenig ausmachen, sie können ihre Kinder an Privatschulen anmelden und sich z.B. Nachhilfeunterricht leisten. Die nicht so finanzkräftigen sind weiter auf die öffentlichen Schulen angewiesen. Der Zustand betrifft Eltern, Kinder, Enkel und Enkelkinder, sie alle werden hierunter leiden!

Laßt es nicht zu: Schüler/innen, Lehrer/innen, Eltern und Großeltern müssen sich gemeinsam gegen diese Unverschämtheit mobilisieren! Sonst wird es nur noch schlimmer. Gesellschaftlich gesehen ist der Aufbau der Jugend sehr wichtig. Für dessen Aufbau ist die Bildung eines der wichtigsten Instrumente. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit einer Erhöhung der städtischen Zuschüsse. Von den Klientelpolitiker/innen haben wir keine Verbesserung zu erwarten, wir erreichen nur, was wir uns selbst erkämpfen!

Gegen Kürzungen bei den Schulen!

Bildung für alle!

Alle gemeinsam gegen das Kapital!

V.i.S.d.P.: **KPD - Kierspe**, c/o Arbeiter und Jugendzentrum, Gartenstr. 13, 58511 Lüdenscheid

Bundestagswahl 98: Die Qual der Wahl

Die Bundestagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Wahlen in der bürgerlichen Demokratie können real nichts oder nur sehr wenig verändern. Der bürgerliche Staat war schon immer ein Instrument der herrschenden Klasse, die diesen kraft ihrer wirtschaftlichen Mittel, ihrer Ausbildung, ihrer personellen Verflechtungen usw. in der Hand hat. Heute, bei einer Staatsverschuldung in Deutschland von rund 2 Billionen DM ist der Staat völlig in der Hand des Finanzkapitals. Egal welche Regierung, sie muß nach der Pfeife der Kreditgeber tanzen, dem Diktat der Schulden folgen.

Trotzdem sind Wahlen heute von großer politischer Bedeutung. Sie sind eine Kurzaufnahme der Stimmung der Bevölkerung und auch der Arbeiterklasse. Ebenso sind sie eine Möglichkeit, auf diese Stimmung Einfluß zu nehmen. Eine politische Vertretung der fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiter und des Volkes im Parlament wäre zugleich eine Möglichkeit, von dort aus die Forderungen der arbeitenden Menschen einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen und zugleich Illusionen in das herrschende System, seine „Reformfähigkeit“, seine „Demokratie“ usw. zu erschüttern und die realen Machtverhältnisse klarer aufzuzeigen.

Die Stimme der Arbeiterinnen und Arbeiter fehlt im bürgerlichen Parlament

Dieser Möglichkeiten ist die Arbeiterklasse zur Zeit beraubt. Denn im Parlament gibt es keine Arbeiter mehr, wenn man mal von vereinzelt sozialdemokratischen Abgeordneten absieht, die als Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre vor vielen Jahren in einem Betrieb waren. Fortschrittliche oder gar revolu-

tionäre Arbeiter, die die Interessen der Klasse und der gesamten fortschrittlichen Bevölkerung vertreten, gibt es gar nicht.

Schon von der sozialen Zusammensetzung ist das bürgerliche Parlament eine „Volksvertretung“, in der die wichtigste soziale Gruppe dieser Gesellschaft, die allen materiellen Reichtum produziert, die Arbeiterklasse ausgeschlossen ist. Man findet alles: Rechtsanwälte, Beamte, Selbständige, Vertreter der Industrie, Funktionäre - nur keine Arbeiter.

Und die herrschenden bürgerlichen Parteien sind faktisch dem Kapital untergeordnet und mehr oder weniger mit ihm verschmolzen. Für die FDP, die Partei der „Besserverdienenden“ ist das vielen Menschen klar. Diese Partei selbst versucht das ja gar nicht zu verbergen, sondern macht ihre offene Parteinahme für das Kapital zu ihrem Markenzeichen. Auch bei der CDU/CSU sehen viele die Nähe zum Kapital, zu den Unternehmerverbänden und Banken. Jeder weiß, wohin bevorzugt die Spenden der Industrie fließen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Chef der Deutschen Bank Finanzberater von Helmut Kohl ist. Trotzdem bemüht sich die CDU/CSU, in kleinen Dosen als „sozial“ zu erscheinen. Die offene Parteinahme der FDP für das Kapital macht ihr solche Propaganda-Stückchen immer wieder mal möglich. Doch unter dem Strich kommt eine Politik heraus, die sich allein an den Interessen des Kapitals orientiert. Die SPD ist inzwischen soweit nach rechts gerückt, daß sie sogar unfähig geworden ist, die am Kapital orientierte Politik der Regierung noch propagandistisch für „soziale Schaukämpfe“ zu nutzen. Sie selbst macht die besten CDU-Vorschläge, die es gab. Beim „Großen Lauschangriff“ vernichtet sie demokratische Rechte mit. In der Wirtschaftspolitik zeigt Schröder, wie

man dem Kapital für noch mehr Profite unter die Arme greift. Ob Schröder oder Lafontaine, sie sind bereit, dem Kapital auch im Bund zu dienen. Nur zu Wahlkampfzeiten sind ein paar soziale Phrasen zu erwarten.

Die Grünen haben sich schon lange an das Kapital angekuschelt. Sie wollen regieren! Garzweiler zeigt, wie das geht: Übers Umfallen! Alle ehemaligen Prinzipien wie NATO-Austritt, Anti-AKW-Politik, Friedenspolitik werden Stück für Stück auf dem Altar der Regierungsfähigkeit geopfert.

PDS - eine Alternative?

In einer solchen Situation erscheint die PDS vielen fortschrittlichen Menschen als Alternative. Wir können das verstehen! Denn mit der PDS sagt immerhin gelegentlich mal jemand ein Zipfelchen der Wahrheit im Bundestag. Die PDS hat es leicht: Mit der Bundesregierung, mit der SPD-Opposition sich als „linke Kraft“ zu profilieren, ohne jemals den Beweis antreten zu müssen. Dort, wo sie faktisch die Macht hat, macht sie jedoch im System brav mit. PDS-Bürgermeister erlauben ohne jeden Widerstand sogar Demonstrationen von Neonazis. Mancher SPD-Bürgermeister da hat da wenigstens vor Gericht solange gekämpft, bis er vor dem Verwaltungsgericht verlor.

In ihrem Wahlprogramm zeigt die PDS ihre offene Unterstützung für das kapitalistische Wirtschaftssystem. Nach ihrer Meinung ist nicht das System verantwortlich für Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, die Zerstörung des Ostens, Reallohnsenkungen sondern allein „die neoliberale Politik von CDU/CSU und FDP. Ihre Regierungsmacht muß beendet werden!“ (Entwurf eines PDS-Wahlprogramms) Wird dann das System besser? Verschwindet die Macht der

Banken und des Großkapitals, wenn SPD und PDS an der Macht sind? Es hört sich naiv an, aber so tut die PDS tatsächlich. Sie verpricht wahre Wunder vom blauen Himmel herunter. Sie will „Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch gestalten“. Sie will „soziale Gerechtigkeit“. Sie will eine „ökologische Wende“ usw. usw.

Ausdrücklich verteidigt die PDS die imperialistische Globalisierung, die nicht verantwortlich für fehlende Arbeitsplätze und soziale Unsicherheit sie. Dies sei allein Konsequenz „der neoliberalen Politik der Bundesregierung“. Mit der PDS soll die „entfesselte Herrschaft des Marktes“ beendet werden. Aber wie? Kann es einen gefesselten Markt geben? Kann die PDS 2 Billionen Staatsschulden wegwischen und den Staat aus den Klauen des Finanzkapitals befreien? Schöne Seifenblasen, die an der Realität des Kapitalismus scheitern werden.

Die Grünen haben gezeigt, was aus solchen Illusionen wird: Sie werden aufgegeben, sobald etwas Macht und Regierungsbeilegung winkt.

Was bei der PDS schon heute möglich ist, zeigt folgende Meldung aus Brandenburg:

Die PDS will den Druck auf die in Brandenburg alleinregierende SPD verstärken. Dafür sei die Partei trotz Gegensätze auch zu einer Zusammenarbeit mit der CDU-Landtagsfraktion in Sachfragen bereit, sagte PDS-Fraktionschef Lothar Bisky am 9. Januar in Potsdam nach einer dreitägigen Klausur. Als mögliches gemeinsames Thema von CDU und PDS nannte Bisky die Mittelstandspolitik. Auch in der Bildungspolitik gebe es Gemeinsamkeiten. Im Gegensatz zur CDU habe es in der PDS weder früher noch heute „Berührungsängste“ mit anderen Parteien gegeben, setzte der PDS-Fraktionschef hinzu.

Trotzdem klammern sich vie-

le linke Organisationen an die PDS. Es ist jetzt schon abzusehen, daß die DKP, der Arbeiterbund und viele andere zur Wahl der PDS und damit zur Wahl einer linkssozialdemokratischen, marktwirtschaftsbejahenden Partei aufrufen werden. Für die DKP scheint die einzige Bedingung zu sein, daß sie auf einer Liste der PDS mit einem Kandidaten vertreten sein darf. Das ist wenig und vor allem hat es mit den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter nichts zu tun.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter brauchen eine eigene Kraft

Die Politik des kleineren Übels hat eine lange Tradition unter den fortschrittlichen Kräften in der BRD. Unter dem Druck der Schwierigkeiten, zu Wahlen anzutreten wie z.B. der undemokratischen 5%-Hürde, haben fortschrittliche Kräfte immer wieder kapituliert und - früher - zur Wahl der SPD, - heute - zur Wahl der PDS aufgerufen. Weil man selbst keine Kraft hat, hängt man sich an das kleinere Übel an und wird so niemals zu einer Kraft! Man bleibt klein und schwach, die Kräfte werden vom kleineren Übel aufgesogen und so muß man bei jeder Wahl erneut ein kleineres Übel unterstützen, weil man ja immer noch schwach ist. So wird die Herrschaft der kleineren Übel, die für Marktwirtschaft und Kapitalismus eintreten, verewigt.

Doch die Arbeiterklasse muß darum kämpfen, eine eigenständige politische Kraft zu werden! Sie muß ihre eigenen Ziele und Forderungen offen vertreten und nicht gefiltert und verkrüppelt über irgendwelche kleineren Übel im Parlament mit sozialen Phrasen bedacht werden. Die Arbeiterklasse ist kein kleines Kind! Deshalb muß das erste Ziel aller fortschrittlichen und revolutionären Kräfte sein, die Arbeiterklasse und alle anderen fortschrittlichen Strömungen zu einer selbstbewußten und eigenständigen Kraft heranzubilden -

zu den Wahlen und auch darüber hinaus im tätigen Kampf!

Die Bildung einer solchen Kraft geschieht nicht von allein. Sie muß bewußt von denen geschaffen werden, die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten - von den fortgeschrittensten Kräften der Arbeiterklasse selbst. Nicht Stellvertreter wie Grüne und PDS sind gefragt, sondern der eigene Eintritt in die politische Arena. Deshalb hat die KPD vor vier Jahren und zu den Bundestagswahlen 98 erneut den Vorschlag gemacht, ein fortschrittliches Bündnis von der Basis her zu bilden und dazu auch fortschrittliche Organisationen eingeladen. Diesmal war die Resonanz in Ansätzen positiv (siehe RM 1/98), jedoch nicht ausreichend, um ein Wahlbündnis zu bilden. Das ist einerseits unserer eigenen - noch - bestehenden Schwäche, unseren - noch - zu geringen Verbindungen zur Arbeiterklasse geschuldet, andererseits aber in der Verantwortung derjenigen, die sich an die PDS anhängen und damit die Herausbildung einer selbstständigen Kraft der Arbeiterklasse verhindern.

MLPD lehnt ab, ist selbst passiv - und hilft real der PDS

Wie im ROTEN MORGEN 23/97 abgedruckt hat der Vorsitzende der MLPD, Stefan Engel, den Vorschlag der KPD abgelehnt, weil er die KPD nicht als „integrierend“ ansieht. Und er teilt mit, die MLPD habe die Frage der Wahl in ihren noch nicht festgelegt und müsse dies erst in den nächsten Wochen diskutieren.

Zum ersten: Niemand verlangt von der MLPD, daß sie der KPD vertraut. Sie könnte ja selbst eine Initiative für ein fortschrittliches Bündnis ergreifen. Wir würden das begrüßen und uns um Mitarbeit bemühen sowie andere fortschrittliche Kräfte ebenfalls dazu auffordern. Das wäre zwar sehr spät und eine unnötige Verzögerung, denn die MLPD hätte

ja mit ihrer Stärke auch bei dem von uns angebotenen Treffen, ihre Vorschläge machen können, aber wegen der Bedeutung der Sache wären wir jederzeit und vorbehaltlos bereit, jeden vernünftigen Vorschlag der MLPD ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Allerdings muß man auch mal einen vorschlag machen, statt immer die „Vertrauenswürdigkeit“ derer, die sich abmühen, in Zweifel zu ziehen.

Zum zweiten: Es wundert doch sehr, daß die MLPD die Frage der Wahlbeteiligung bis heute nicht ausdiskutiert hat! Bei den Wahlen 94 hatte die MLPD bereits fast 2 Jahre vorher Bündnisangebote an die PDS gemacht und dann ihre eigene Kandidatur vorbereitet. In einem Gespräch zwischen KPD und MLPD lehnte Stefan Engel rund ein Jahr vor den Wahlen die Bemühungen um ein Wahlbündnis ab, weil es dafür zu spät sei! Und diesmal ist rund 7 Monate vor der Wahl nichts ausdiskutiert? Damit ist ohne Diskussion faktisch schon eine Entscheidung gefallen. Durch Nichtstun ist man am Ende gezwungen, auf eine Kandidatur oder ein Bündnis zu verzichten! Die PDS hat freie Bahn als einzige Alternative - dank der Haltung der MLPD-Führung! Und die innerparteiliche Demokratie ist so faktisch ausgeschaltet. Denn wenn man eine solche Diskussion führt, wenn es real schon zu spät ist, wie Stefan Engel vor vier Jahren bemerkte, dann braucht man eigentlich nicht mehr zu diskutieren. Und nach den Wahlen 94 kennt die MLPD-Führung die zahlreichen Hürden, die das bürgerliche Wahlgesetz vor eine fortschrittliche Kandidatur gestellt hat. Die MLPD-Genossinnen und -Genossen können sicher ein Lied davon singen, welche Kraft man dafür braucht. Wollte man also ernsthaft eine eigenständige Kandidatur der fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse zu den Wahlen 98, dann hätte man schon längst etwas unternehmen müssen. Untätigkeit ist eine Antwort - zugunsten der PDS!

Es ist spät!

Es ist spät! Nur eine sofortige Entscheidung aller fortschrittlichen und verantwortungsbewußten Kräfte könnte noch den Weg ebnen, wenigstens ein Bündnis zur Bundestagswahl 98 zu versuchen. Die Chancen werden mit jedem Tag geringer. Wer sich an die PDS anhängt oder untätig bleibt, macht die PDS zur einzigen „linken Alternative“ und verewigt die sozialdemokratische Vorherrschaft über die Arbeiterklasse.

Doch auch wenn diesmal ein solches Bündnis nicht mehr möglich sein sollte, wäre es dringend an der Zeit, daß sich alle fortschrittlichen Kräfte zusammensetzen, ob Organisationen oder Einzelpersonen von der Basis, und gemeinsam überlegen, wie ein solches Bündnis im Tageskampf geschmiedet und damit zugleich eine Voraussetzung für eine gemeinsame Kandidatur in weiteren 4 Jahren geschaffen werden kann. Die KPD ruft alle auf, dazu Farbe zu be-

Neu! Neu!

Rote Reihe 2

Rechenschaftsbericht des
Zentralkomitees
der KPD
an den
9.Parteitag

Oktober 1997

Der Band 2 der „Roten Reihe“ enthält neben dem Rechenschaftsbericht einen kurzen Bericht über den Verlauf des 9.Parteitages der KPD sowie alle Grüße ausländischer Bruderparteien.

66 Seiten, DM 7,50
ISBN 3-928666-30-4

Zu bestellen bei:

Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.

Rechte Gewalt gehört in Magdeburg zum Alltag

Am 3. Januar kam es zu einem planmäßig ausgeführten Überfall von Nazi-Skins auf eine Wohnung Magdeburger Punks. Die im Stil der SA durchgeführte Terroraktion sollte nach Aussagen der braunen Barbaren dazu dienen „den Punks zu zeigen was Ordnung und Sauberkeit“ bedeutet. Angeblich ist ihnen die Beschwerde einer älteren Hausbewohnerin zu Ohren gekommen, die sich über Lärm und Unordnung der Punks beschwerte. Dieser Überfall reiht sich nahtlos ein in einer seit Oktober/November 1997 begonnenen Kampagne Magdeburger Oberer in der Stadt für „Ordnung und Sauberkeit“ zu sorgen. Diese vom SPD-Bürgermeister Willy Polte gestartete Kampagne wurde von verschiedenen Kräften sofort unterstützt. Die CDU sprach sogar vom „Straßenterror“ der linken Szene im Stadtteil Stadtfeld, die u.a. an Häuserwände radikale Parolen sprühten.

Nachdem Überfall, bei dem ein junger Mann fast zu Tode getrampelt wurde, war das Geschrei der Politiker und der Stadt groß. Das Ansehen der Stadt war wieder einmal in Gefahr, hieß es. Und es wurde angemahnt keine Gewalt, von wem auch immer, mehr einzusetzen. Gemeint waren Aktionen der Antifas gegen Faschos. Gleichzeitig wußten die Auslöser der „Ordnung und Sauberkeitsaktion“ das auch sie ins Visier der Anklage geraten könnten. (Unbekannte warfen einige Tage später Steine in eine CDU-Geschäftsstelle)

Der Bürgermeister und einige Künstler riefen für den 16. Januar zu einer „friedlichen Kerzenkundgebung“ auf, um gegen Gewalt (im Allgemeinen) zu demonstrieren. Etwa 2000 Magdeburger nahmen daran teil. Auf Transparenten wurde angemahnt

das das Wort „Faschismus“ in der offiziellen Stellungnahme zu den Ereignissen vom 3. Januar fehlt.

Am 16.1.1945 wurde Magdeburg zu ca. 80% von Anglo-amerikanischen Bombern zerstört. Dieser Terrorakt wurde zwar offiziell verurteilt. Die Gründe dafür aber: Der deutsche Faschismus wurde verschwiegen. Faschismus und Kapital sind heute auch im Osten Tabu-Themen.

Weiterhin wurde OB Polte als Heuchler bezeichnet, dem eine Mitschuld an diesem Überfall gegeben wurde. In einem Flugblatt der Internationalen Jugend, das massiv im Dom verteilt wurde, hieß es treffend: Küßt die Faschisten, wenn ihr sie trefft... In Anlehnung eines Tucholsky-Gedichtes wurde auf den Schluß zwischen Staat und Rechtsradikalen eingegangen.

Die Rechtsanwälte Kochhan und Kaleck, die viele Opfer von rechten Gewalttaten vertraten, wiesen darauf hin, daß Polizei und Justiz in Magdeburg auf dem rechten Auge Sehschwierigkeiten haben. Kaleck: „*Schon 1992 wurde rechte Gewalt gegen die Punk-Szene verharmlost. Der Angriff auf die Elbterrassen sei Teil einer Auseinandersetzung zwischen Jugendbanden. 1994 waren es Alkohol und Sonnenschein, die die Jugendlichen ausflippen ließen. Damals wie heute wurde von Landesregierung, Polizei und Justiz geleugnet, daß es eine organisierte rechte Szene in Sachsen-Anhalt gibt.*“ Nach den Erkenntnissen der beiden Anwälte belegen bereits die Ereignisse von 1991 das Bestehen einer festgefügteten rechten Front in Magdeburg.

Erst durch die „Freibriefe für die Rechten“ konnte die Situation so eskalieren. „Skin-Opfer berichteten immer wieder, wie

ANTIFA-BERICHTE

aktuell



die Polizei mit Desinteresse, Ablehnung und Vorurteilen gegen die Opfer und deren Anzeigen reagierte,“ sagte Rechtsanwalt Kaleck.

Nach dieser Kerzenkundgebung vom 16. Januar kam es erneut zu einem Anschlag auf einen Punk. Ein Fascho schoß mit seiner Gaspistole diesen Andersaussehenden direkt in die Augen.

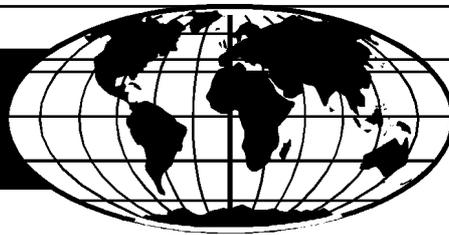
Magdeburgs Antifaschisten haben spontan am 4.1. eine Protestdemo durchgeführt (150 Leute) und einige Tage später eine weitere (250). Es gibt inzwischen eine Reihe Antifaschistischen-Initiativen die auf die Ereignisse reagierten. So die zweiwöchigen Antifa-Tage. Neben Diskussionen, Filme, Straßenaktionen wird es am 8. Februar zu einer bundesweiten Antifa-Demo kommen, die an dem am 8.2.1987 ermordeten Frank Böttcher erinnert. Gleichzeitig wird sie an dem Überfall vom 3.1.1998 in der Wohnung des Bruders von Frank Böttcher an Peter Böttcher erinnern.

Termine: 5.2.98: 17.00 Uhr Ca-

feteria/FH Gorki-Straße
Offenes linkes Treffen
7.2.98: 11.00 Uhr Straßenbahnhendstelle Olvenstedt
Gedenkveranstaltung und Aufstellung einer Frank-Böttcher-Gedenktafel (Mahnwache ist angesagt)
8.2.98: 13.00 Uhr Bahnhofsvorplatz Antifaschistische Demonstration

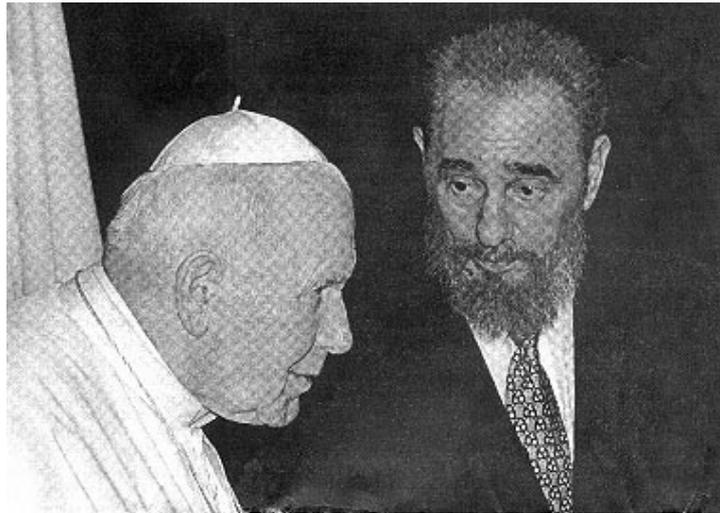
Neonazi bekommt EU-Subventionen

Die Europäische Union (EU) fördert nach Informationen des Nachrichtenmagazins Focus den deutschen Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger mit Millionen-Subventionen aus dem Agrarfonds. Danach erhält Rieger bis zum Jahr 2000 rund 1,5 Millionen Mark. Rieger, einer der führenden Köpfe der deutschen Rechtsextremisten-Szene, führe im süd-schwedischen Sveneby einen landwirtschaftlichen Betrieb. Die EU-Subvention habe er für ökologische Landwirtschaft beantragt.



Castro lobt Papst wegen „Antiimperialismus“

Wenige Tage vor dem Papstbesuch würdigte Fidel Castro den Papst im Fernsehen als einen Mann, den man wegen seines Engagements für die soziale Gerechtigkeit mit großem Respekt empfangen sollte und lobte ihn wegen seines „Antiimperialismus“. Der Besuch der Papstmessen sei eine „patriotische Pflicht“. Nun waren gerade die Päpste noch nie etwas anderes als Vertreter des Imperialismus. Kein Weltkrieg, in dem sie nicht auf der Seite z.B. des deutschen Imperialismus oder anderer imperialistischer Länder gestanden hätten. Sie predigen den unterdrückten Völkern die Unterwerfung unter den Imperialismus, in dem sie sie dazu bringen wollen, sich betend in ihr Schicksal zu fügen. Eine andere Haltung ist nicht möglich, da die katholische Kirche ein riesiger multinationaler Konzern mit religiösen Filialen ist. Der Anschein des Antiimperialismus kommt dadurch zustande, daß sich der Papst ge-



Der „Antiimperialist“ Papst Johannes Paul II und Castro

gen die Wirtschaftsblockade durch den US-Imperialismus ausgesprochen hat. Sich das taktisch zu nutze zu machen, finden wir durchaus richtig. Nur sind die Beweggründe des Papstes genausowenig antiimperialistisch wie die Beweggründe des russischen Imperialismus, sich gegen die Blockade Kubas auszusprechen bzw. die Beweggrün-

de einiger westeuropäischer imperialistischer Länder, die dasselbe getan haben. Der Papst leistet den europäischen imperialistischen Ländern Schützenhilfe gegen den US-Imperialismus, mehr nicht. Er ist auch nicht zuletzt aus kirchlichen Interessen nicht besonders am US-Imperialismus interessiert, da dort protestantische Sekten vorherr-

schen. Deswegen küßt er den Boden vorzugsweise anderswo.

Das Engagement des Papstes für soziale Gerechtigkeit ist ebensowenig wert, da es auf Appellen an die Gnade des Kapitals beruht und darauf berechnet ist, daß die Ausgebeuteten für ihre Interessen beten statt für sie zu kämpfen. In Wirklichkeit sind die moralischen Appelle also Schützenhilfe für die Aufrechterhaltung der „sozialen Ungerechtigkeit“, der Ausbeutung. Taktische Widersprüche zwischen den Imperialisten und ihrer religiösen Anhängsel auszunutzen, um Kuba eine gewisse Unabhängigkeit zu sichern, ist eine Sache. Eine andere ist es, Vertreter der imperialistischen Ausbeutung als Antiimperialisten zu loben. Daß das so exzessiv geschieht, zeigt, daß die kubanische Partei, die solche antimarxistischen Illusionen in den Papst verbreitet, auch mit dem Aufbau des Sozialismus nichts am Hut haben kann.

Kriegsdrohung gegen den Irak

Großer Terrorist gegen kleinen Terroristen

Clinton droht dem Irak mit einem Militärschlag. Es wäre naiv, die Kriegsdrohung als persönliches Ablenkungsmanöver Clintons von seinem vorerst letzten sexuellen Abenteuer mit einer Praktikantin zu deuten. Clinton ist nur der Sprecher eines politischen und militärischen Apparats, der sich insgesamt für militärische Überfälle bei Ungehorsam ausspricht. Schließlich begrüßen auch die Führer der Demokraten und Republikaner die Drohung. Saddam ist ein Potentat, der keinerlei Sympathie verdient. Dem US-Imperialismus, der bis heute eine brutale Wirtschaftsblockade gegen den Irak

und damit vor allem gegen das irakische Volk aufrechterhält, geht es aber nicht um den Kampf gegen den Terrorismus Saddams. Im Gegenteil, die US-Regierung hat es gar nicht auf den Sturz Saddams angelegt, weil sie sich die Unterdrückung des irakischen Volkes ebenfalls zu nutze macht. Saddam ist für den US-Imperialismus ein willkommener Vorwand für die massive militärische Präsenz in der Golfregion. Clinton wünscht Saddam sicherlich ein langes Leben.

Die Drohung gegen Saddam ist eine Drohung an die arabischen Völker. Und sie richtet sich gegen konkurrierende impe-

rialistische Länder wie Rußland oder Deutschland. Clinton will klarmachen, wer das Kommando hat. Kein Wunder, daß die imperialistischen Konkurrenten die Kriegsdrohungen nicht begeistert unterstützen.

Saddam ist zweifellos ein Terrorist, doch nur im Westentschenformat, denn die USA sind die größte terroristische Vereinigung der Welt. Mordversuche an Präsidenten von Ländern, die sich den USA nicht fügen wollen, sind genauso normal wie Überfälle auf andere Länder. Was Saddam mit seinen Nachbarländern gemacht hat, macht der US-Imperialismus in der

ganzen Welt. Ob der Krieg gegen Nicaragua, der Überfall auf Grenada, Bombenangriffe auf Libyen, der Einmarsch in Vietnam und die Unterstützung des israelischen Terrorismus, ob es die Vorbereitung und Unterstützung von Putschen in aller Welt ist, der US-Imperialismus spielt die Rolle des Weltpolizisten, weil er überall ökonomische Interessen hat, die es militärisch zu schützen gilt.

Das irakische Volk muß mit dem Diktator Saddam selbst aufräumen. Wir verurteilen jede Einmischung des US-Imperialismus. Die Blockade muß aufgehoben werden.

StaSi plante Sprengstoffattentat gegen KPD-Genossen

Neue Erkenntnisse über die Arbeit und die Zerschlagung der Sektion DDR der KPD/ML (3. Teil)

von Herbert Polifka

Radio Roter Stachel

Im Verlauf des Jahres 1982 gelang es Genossen der Partei einen transportablen UKW-Sender, mit dem sie von Westberlin aus erstmalig Ende April und regelmäßig ab dem 2. Mai 1983 an jedem ersten Montag im Monat das Programm Radio Roter Stachel auf 101 Mhz in die DDR sendeten. Die Sendungen begannen jeweils mit der Erkennungsmelodie von Radio Tirana oder „Vorwärts und nicht vergessen“. Dann folgten ansprechend formulierte politische Meldungen und bewußt populär gehaltene Forderungen der Sektion DDR. Die Sendung vom 2.1.1984 beispielsweise hatte folgenden Text (Auszüge): „Radio Roter Stachel. Radio Roter Stachel. Radio Roter Stachel. Sie hören den Sender der illegalen kommunistischen Partei in der DDR. Wir senden an jedem ersten Montag im Monat um 21.30 über UKW 101 Mhz. Friedensbewegung: Die SED-Führung hat nach dem Beginn der Nachrüstung in der BRD und nach dem Ende des Lutherjahres ihren Druck auf kirchliche und unabhängige Friedensgruppen verstärkt. In vielen Städten gingen die Behörden mit Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Verhaftungen gegen Rüstungsgegner und Pazifisten vor. (...)“

Wo bleibt die Demokratie in unserer demokratischen Republik? Die DDR ist nicht nur ein Arbeiter- und Bauerngefängnis weil sie durch Mauern und Minen, durch Stacheldraht und Selbstschußanlagen ihre arbeitsfähigen Bürger, außer der linientreuen Parteiprominenz, daran hindert ihr Land zu verlassen, sondern sie ist es im wörtlichen Sinne, denn die Gefängnisse sind nicht etwa überfüllt mit Schiebern, Spekulanten etc., sondern eben mit diesen einfachen Leu-

ten, die nichts anderes taten, als Kritik zu äußern. Ist das sozialistisch? Ist das demokratisch?“

Der Sender wurde für jeweils kurze Zeit in einem Bunker im Humboldthain (Wedding) installiert und betrieben. Sehr kurze Sendezeiten (zwischen fünf und zwölf Minuten) sowie eine Absicherung des Verstecks durch Posten sollten ein Aufspüren des illegalen Senders durch die Westberliner Polizei oder die Deutsche Bundespost verhindern. Mindestens zehn Personen waren mit diesem Unterfangen



1. Mai in Berlin: Die „Genossen“ sind gesichert. Auf der Tribüne die SED-Prominenz, vorn die StaSi in Zivil, denn Militär und dann das Volk.

unmittelbar befaßt.

Mielkes Mitarbeitern bereite die Einrichtung dieses Senders einiges Kopfzerbrechen. Spätestens seit Jahresende 1982 war das MfS darüber unterrichtet, daß die KPD einen Untergrundsender angeschafft hatte. Das MfS leitete Maßnahmen ein, um den Standort zu bestimmen. Innerhalb weniger Tage kamen acht feste und sechs mobile Peilsender zum Einsatz. „Durch mit Unterstützung des sowjetischen Bruderorgans vorbereitete und durchgeführte offensive Maßnahmen der Standortbestimmung mit einem präparierten Spezial-Kfz und Körperpeiltechnik im Operationsgebiet gelang es, den Standort des Feindsenders weiter einzugrenzen.“ (Schreiben vom Leiter der HA XXII an Neiber vom 5.7.83)

Nachdem als ungefähre Standort des Senders der Humboldthain eingekreist war, schickte die Stasi unmittelbar vor der nächsten Sendung ihre IM mit Feindkontakt (IMB) in das Areal, um den genauen Standort zu eruieren. (Vgl. Vorschlag des Leiters der Abteilung vom 23.6.83 für die Durchführung von Offensivmaßnahmen zur Störung der Vorbereitung des sogenannten 5. Parteitages der „KPD“, BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 288-292; BStU, ZA, AIM 255/91 Bd.2.)

ständigen Hauptabteilung VIII/6 in Westberlin zum Einsatz. Diese sollten auch die Wohnungen desjenigen KPD-Funktionsnähers beobachten, in dessen Appartement die Stasi das Lager des Sendeapparates zwischen den Sendungen vermutete. (Vgl. Information 320/331/83 der Abteilung XXII vom 9.9.83 zum Stand der Bearbeitung des illegalen Senders der „KPD“, BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 185-187.)

Bei der Bearbeitung des Radio Roter Stachel kam dem MfS zugute, daß auch der Westberliner Funkkontroll- und Meßdienst nach dem genauen Sendestandort suchte; Einsatzwagen der Westberliner Polizei hielten sich zum Eingreifen im Bereich Humboldthain bereit. Zum Zeitpunkt der nächsten angekündigten Sendung am 3. Oktober 1983 waren dann Kräfte beider Seiten, West und Ost, im Humboldthain auf den Beinen - indes vergeblich, weil die umfassenden Suchmaßnahmen aufgefallen waren. Als Standort wurde für die Oktobersendung der Viktoriapark im Bezirk Kreuzberg gewählt.

Vermutlich in den ersten Januartagen des Jahres 1984 entschloß sich das MfS, den Sendebetrieb nicht länger zu dulden. Hierzu schlug Neiber eine Reihe offensiver Maßnahmen vor. Neiber dachte daran, die IM der Abteilung mit dem Diebstahl oder der Zerstörung der Sendeanlagen zu beauftragen. Auch sollte das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen bei dem Westberliner Senat, der Bundespost oder auch den französischen Alliierten wegen Nichtabstimmung von Sendefrequenzen energisch protestieren. Würde auch dies keine Wirkung zeigen, „ist die physische Vernichtung vorzubereiten“. Der Leiter der Hauptabteilung III, Horst Männchen, spielte offenkundig mit dem Gedanken, die Sendeanlage mit einer Sprengstoffladung zu zerstören. Die verwendeten Bauteile sollten ausschließlich

Insgesamt wurden neun IM hierfür eingesetzt, ab Oktober 1983 kamen auch besonders ausgebildete Kräfte der für Beobachtungen und Ermittlungen zu-

westlicher Machart sein, um keinen Tatverdacht auf die DDR fallen zu lassen. Die Zündung sollte ferngesteuert oder automatisch bei Inbetriebnahme des Senders erfolgen. (Varianten- und Stufenplan des Leiters der HA III zum weiteren Vorgehen gegen den Sender „Roter Stachel“ vom 23.1.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl.67-69.)

Die Betreiber des Senders hätten schweren körperlichen Schaden genommen bzw. wären womöglich gar getötet worden. Doch selbst davor schreckte die Staatssicherheit gegenüber der

Gelegenheit zur Chefsache erklärt hatte, zeigte sich mit der Leistung seiner Mitarbeiter zufrieden. „*Bisherige operative Arbeit wurde gut geführt, Anerkennung aller Genossen*“ ließ er über seinen Stellvertreter Neiber die Mitarbeiter der Abteilung XXII in einer Dienstkonferenz wissen.

Auf Leitungsebene wurde entschieden, die Bearbeitung der Partei zukünftig der Hauptabteilung XX und der HV A schwerpunktmäßig zu übertragen, da die Abteilung XXII („Terrorismus“) nicht sinnvoll war. Mit

1983 in eine existentielle Krise. Ab 1985 kam es zu internen Auseinandersetzungen, deren Verlauf und Frontenbildung das MfS genauestens verfolgte. Die Stasi war mit dieser Entwicklung hochzufrieden. Besiegelt wurde diese Entwicklung dann durch den Zusammenschluß mit der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) am 5. Oktober 1986.

Die Marxisten-Leninisten in der Partei begannen 1985 mit dem Neuaufbau der KPD.

Ab 1. September 1986 wurde die zuständige Dienststelle für die Bekämpfung der Sektion DDR aufgelöst; die verbliebenen Aufgaben führte die Abteilung XXII/8 („internationaler Terrorismus“) fort, allerdings ohne besonderen Aufwand. Im Februar 1989 beendete die Abteilung XXII/8 die „Bearbeitung“ der Reste der Sektion DDR dann endgültig. (Beschuß der Abteilung XXII/8 zur Archivierung des OV „Sektion“ vom 22.2.1989; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd.1.)



Die StaSi legte von „Staatsgegnern“ Geruchsproben an, um diese damit und mit der Hilfe von Schnüffelhunden zu identifizieren. Auch vom Autor hatte die StaSi ein Glas mit einer Geruchsprobe.

KPD nicht zurück.

Für das MfS kam zugute, das es ihr gelang mit Hilfe der IM den Sendebetrieb einzustellen. Die IM hatten der Parteileitung im Westen auf Geheiß des MfS seit Monaten suggeriert, daß die Sendungen nur undeutlich zu empfangen seien, die Nachrichten inhaltlich veraltet wären usw. Zusammen mit den Fahndungsmaßnahmen der Bundespost gab dies den Ausschlag, den Sendebetrieb schließlich einzustellen. Die Sendung vom Februar 1984 war die letzte von Radio Roter Stachel. (Gegen eine etwaige Wiederaufnahme des Sendetriebes leitete die Abteilung XXII/3 präventiv den Operativvorgang „Sender“ ein.)

Nachdem der Sender abgeschaltet war, konnte der Staatssicherheitsdienst die aus seiner Sicht erfolgreiche „Abwehr“ der „Feindtätigkeit“ konstatieren, so die Einschätzung des MfS im Jahre 1986. Mielke, der die An-

der 1985 erstellten „Feindobjektliste“ (GVS 4/85) wurde dann präzise festgelegt, welche Dienststelle des MfS fortan für die Bearbeitung welches „Feindobjektes“ zuständig sein sollte. (Geheime Verschlusssache 4/85 vom 15.2.1985: Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind (außer imperialistische Geheimdienste und kriminelle Menschenhändlerbanden); BStU, ZA, DSt 103142.)

Der HV A II oblag von nun an die Bearbeitung der KPD im Westen, während die Abteilung XXII/3 federführend die Reste der Sektion DDR kontrollieren sollte. Da die Sektion nur noch ein Schatten ihrer selbst war, konnte die Dienststelle sich auf die Weiterführung einiger OPK zu besonders „gefährlichen“ Parteiaktivisten beschränken.

Im Westen geriet die KPD ab

Das MfS: Schild und Schwert der revisionistischen SED

Angefangen hatte das Ministerium für Staatssicherheit (1952) mit etwa 4000 Mitarbeitern und endete 1989 mit etwa 100.000 hauptamtlichen Stasi-Leuten. Dazu kamen noch etwa 500.000 informelle Mitarbeiter. (Vgl. Die offizielle Bilanz des letzten DDR-Innenministers. Der Tagesspiegel, 8.9.1990)

Dazu kamen noch geschätzte 6000 „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) und eine unbekannte Anzahl sogenannter „Unbekannter Mitarbeiter“ (U-Mitarbeiter). Damit war die Stasi der größte Arbeitgeber in der ganzen DDR.

Das ganze Land wurde flächendeckend überwacht und bespitzelt. Am Ende der DDR blieb ein Stasi-Aktenbestand der 180 laufende Kilometer maß mit etwa 6.000.000 Personendossiers. (Gesamtbevölkerung der DDR: 16,8 Millionen

Einwohner)

Die Angst vor Verfolgung durch diesen „Apparat der Allmacht und Rechtlosigkeit“ wurde bewußt geschürt und war eine wichtige Stütze der Machterhaltung der revisionistischen SED.

Es ist unwichtig, ob Mielke subjektiv glaubte ein Kommunist zu sein. Mit einem Jahresgehalt von 79062,50 Mark (DDR-Niedriglöhne lagen unter 4000 Mark im Jahr) konnte er ein märchenhaftes Leben führen. Ein Kennzeichen dieser „Führer“ war ihr feudaler Lebensstil. Das Land war unter diesen Herrschaften in ihre Jagdreviere eingeteilt. Und wie der Adel ballerten sie auf Wildschweine, Hirsche, Hasen usw. Allein Mielke verpulverte jährlich 60.000 Mark aus Haushaltsmitteln für seine Jagdleidenschaft - diesmal auf Tiere. Man kann sagen, daß die Chefs der SED bereits im Kommunismus lebten. Wenn auch in einem „Spießerkommunismus“.

Waren ihre Methoden und ihre Arbeitsweise die von Gangstern, so wurde alles unter rotem Lack getätigt. Sie nannten ihre Staatssicherheit „sozialistisch“ und ihre Mitarbeiter „Tschekisten“. Der „Feind“ ist nach Ansicht des MfS „gefährlich“ und „raffiniert“, er arbeitet „kriminell“, mit „Erpressung“ und „Drohung“, „Täuschung“, „Terror“ und „List“. Das eigene Tun dagegen wird mit Attributen wie „revolutionär“, „wissenschaftlich“, „vertrauensvoll“, „schöpferisch“ und „progressiv“ beschrieben.

Bei soviel Bewußtseinspaltung ist es nicht verwunderlich, wenn „der beliebte und geehrte Arbeiterführer“ Erich Mielke am 13. November 1989 in der Volkskammer über sein Verhältnis zu den geschundenen DDR-Bürgern behauptete: „Ich liebe euch doch alle!“

Resümee

Die Stasi war das Instrument der revisionistischen SED. Ihre Arbeitsweise, ihre Methoden und Praktiken entsprachen der revisionistischen Ideologie.

Fortsetzung auf S.14

Fortsetzung von S.13 StaSi plante...

Im Tagebuch „Die Supermächte“ schrieb Genosse Enver Hoxha über die revisionistischen Parteien, daß diese nur noch ein formales Dasein (als Kommunistische Parteien) haben, „*denn am Wirken sind andere Gesetze, andere Prinzipien, andere Erlasse.*“ Und weiter: „*Chruschtschow und seine Mitläufer sind Banditen*“, die ihre Länder in Polizeistaaten verwandelten. Sie verstehen vortrefflich die Methode des „*Totschweigens*“. Wie treffend ist die revisionistische DDR beschrieben.

Das SED-Regime stand an der Spitze der revisionistischen Gesellschaft der DDR. Es stützte seine Macht nicht auf die „99,9%“ der Bevölkerung (Wahlergebnisse), sondern auf die zu allen Verbrechen bereite Staatssicherheit, auf die VoPo's, auf die Armee, einschließlich Mauer und Stacheldraht und auf die Sowjet-Armee. Der SED-Apparat wollte ewig und drei Tage das Land beherrschen. Allmächtig und mit Zügen von Gößenwahn wollten die SED-Bonzen regieren. Nichts fürchteten sie so sehr wie die Öffentlichkeit. Die Massen waren in ihren Augen nur gut als Manövriermasse. „*Ihr arbeitet gut und wir regieren gut!*“ und „*Wir sorgen gut für euch*“ („Fürsorgesozialismus“) so war ihre Devise.

Der Sozialismus ist nur ein notwendiges Durchgangsstadium zum Kommunismus, unserem eigentlichen Ziel. Doch wir sind keine Phantasten, die glauben der Kommunismus könne von heute auf morgen verwirklicht werden. Der Sozialismus, mit all seinen Schwächen und Halbheiten des gesellschaftlichen Zustands prägt die Menschen. Das kann auch negativ sein.

Es ist jedoch unmöglich, die alte Form der Arbeitsteilung und jegliche Hierarchie sofort zu überwinden. Bei leitenden Funktionären entwickelte sich ein Bewußtsein, des Herrschens, des Besser-Seins, des Besser-Wissens, während bei denen, die ausführende Tätigkeit verrich-

ten, eine Mentalität des Unterordnens, ein Unterlegenheitsgefühl entstand. Aus solchen zunächst unbewußten Tendenzen entstand eine Grundlage für eine Machtveränderung in der Gesellschaft. Die einen werden wirklich zu Herrschern, und die arbeitenden Menschen werden wieder beherrscht. Die Führer und Leiter streben nicht mehr die Beseitigung des Gegensatzes von oben und unten an, sondern sie zementieren es. Ein solcher Prozeß führt dann zur Errichtung einer neuen sich „sozialistisch“ nennenden Ausbeuterklasse.

Diese Übergangsphase nennen wir Revisionismus, die kein Sozialismus mehr ist, aber auch kein offener Kapitalismus. Die Weichen werden in Richtung Kapitalismus gestellt. Da aber diese Gesellschaftsform in der heutigen Zeit, der Epoche des Imperialismus und des Sozialismus, keine Existenzberechtigung hat, wird sie früher oder später entweder in den Kapitalismus zurückfallen oder die Weichen werden erneut in Richtung Sozialismus gestellt. Letzteres bedeutet aber auch den Sturz dieser revisionistischen Cliquen, wofür die Sektion DDR der KPD unter großen Opfern kämpfte.

Eine wichtige Stütze der Machterhaltung war die Legende vom „*real existierenden Sozialismus*“ in der DDR. Diese, von ihnen verbreiteten Propagandamärchen, durften unter allen Umständen nicht in Frage gestellt werden. Hier liegen auch *einige* der Hauptgründe der massiven Verfolgung der Marxisten-Leninisten in der DDR. Die Demaskierung der sozialistischen Hülle, bedeutete für die Revisionisten eine Existenzfrage. Sie mußte mit allen Mitteln verhindert werden und sei es mit Mord und Terror.

Die KPD in der DDR führte über Jahre einen umfassenden Kampf für einen Staat, der zu Recht sozialistisch genannt werden kann. Auch wenn sie scheiterte, war ihr Kampf nicht umsonst. Die Erfahrungen, die Lehren werden für die weiteren Erkenntnisse über die Übergangsgesellschaft vom Sozialismus zum Kapitalismus von großen

Nutzen sein. Und bis zum Untergang der DDR haben Genossen und Genossinnen der illegalen Sektion DDR der KPD für den Sturz des revisionistischen Regimes, gegen die Machtübernahme des Kapitals und Kohls, für die Wiedererichtung des Sozialismus geführt. Trotz aller Bemühungen konnte die StaSi den marxistisch-leninistischen Widerstand nie völlig unerdrücken.

Und heute? Die revisionistische Gesellschaftsordnung ist gesetzmäßig in den Kapitalismus/Imperialismus übergegangen. Die KPD lebt weiter, entwickelt sich. Die SED ist verschwunden, hat allerdings Nachfolger und unkritische Anhänger in mehreren Organisationen gefunden, die in DDR-Nostalgie schwelgen und bis heute diese Gesellschaft als „sozialistisch“ bewundern. Das MfS ist aufgelöst oder teilweise von bundesdeutschen Geheimdiensten übernommen.

Nachtrag: 1981 durchsuchte „offiziell“ die Stasi in Magdeburg meine Wohnung. Es erfolg-

te Anklage nach § 220 wegen „öffentlicher Herabwürdigung“. 2 Jahre Gefängnis wurden auf 3 Jahre Bewährung ausgesprochen und eine Geldstrafe von 7000 Mark verhängt.

1994 erneut „offizielle“ Hausdurchsuchung und Ermittlungsverfahren wegen „*Aufrechterhaltung der KPD*“. Diesmal erfolgten diese Maßnahmen durch eine andere Firma: Die bundesdeutsche Staatssicherheit. Dank unseres Kampfes und der Solidarität aus dem In- und Ausland konnte dieser Angriff zurückgeschlagen werden und die Ermittlungen wurden eingestellt. Wie zu StaSi-Zeiten wird uns auch heute Bespitzelung, Verfolgung und Terror nicht von unserem Kampf abbringen. Im Gegenteil! Mit dem Untergang der revisionistischen Regime hat der Kapitalismus sein Gesicht wieder offen und ungeschminkt gezeigt. Der „siegreiche“ Kapitalismus ist eine Gesellschaft im Niedergang! Die Notwendigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen, zeigt sich noch klarer.

Die Dokumentation zum Thema!

In dieser hochinteressanten Dokumentation (Nachdruck von 1980) sind Berichte über die Arbeit der illegalen Sektion DDR der KPD, Artikel aus dem illegalen ROTEN MORGEN in der DDR, Flugblätter der Sektion usw. erhalten. Die Dokumente geben einen Einblick in die politische Arbeit und Anschauungen der Sektion sowie in die damalige Situation in der DDR aus der Sicht von Kommunisten.

48 Seiten, DM 3,50

Bestellungen an:

Literaturvertrieb, Zeitungsverlag RM, Postfach 1942, 61289 Bad Homburg v.d.H.



Erfolgreiches Sozialismus-Seminar

Am 24. und 25. Januar fand in Frankfurt am Main auf Initiative des Verlags Roter Morgen ein Seminar mit ca. 60 Teilnehmern und Teilnehmerinnen statt. Thema war das im Verlag Roter Morgen erschienene Buch „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“ und damit zusammenhängende Fragen. Als Podiumsredner nahmen teil: Dr. Robert Steigerwald (DKP), Diethard Möller (Vorsitzender des ZK der KPD), Peter Urban (Vertreter des Autorenkollektivs), Alfred Schröder und Heiner Karuscheit (Aufsätze zur Diskussion). An den beiden Seminartagen gab es zu verschiedenen mit dem Sozialismus zusammenhängenden Fragen sehr interessante Diskussionen und Redebeiträge, nicht nur unter den Podiumsrednern, sondern auch aus dem Kreis der anderen Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Fassen wir zunächst die Eröffnungsbeiträge zusammen, in welchen die verschiedenen grundlegenden Positionen bereits zum Ausdruck kamen:

Peter Urban

Zu Beginn stellte Peter Urban die wichtigsten Ergebnisse der theoretischen Arbeit der KPD bezüglich der mit dem Sozialismus zusammenhängenden Fragen dar. Er abstrahierte dabei von den **besonderen Bedingungen** der Sowjetunion und versuchte, allgemeine theoretische Schlußfolgerungen zu ziehen, die bei der Erarbeitung der Theorie der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus eine wesentliche Rolle spielen. Er führte aus:

Der staatliche Sektor der Produktion im Sozialismus darf nicht einseitig nur als Repräsentant des sich entwickelnden Kommunismus betrachtet werden. Schon die in der Sowjetunion und anderen Ländern angewandten Methoden der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung zeigen, daß es auch innerhalb des staatlichen Sektors noch Interessenunterschiede gibt. Wenn bei der Lieferung seitens eines staatlichen Betriebes an einen anderen reales Geld fließt, das dem Lieferbetrieb als Investitionsmittel dient, wenn Schlechtlieferungen zu Kürzungen der Zahlungen berechtigen, wenn der Staat seinen Betrieben **entsprechend dem Grad der Planerfüllung** finanzielle und materielle Mittel zuteilt, dann handelt es sich

um Methoden, die darauf abzielen, eine gewisse Übereinstimmung zwischen dem gesellschaftlichen Interesse und den Sonderinteressen der Betriebe herbeizuführen. Zwar ist der Markt beseitigt: Die staatlichen Organe der Wirtschaftsplanung und -leitung geben den Betrieben im großen und ganzen sowohl die Preise der Produkte vor als auch, was sie zu produzieren haben. Dennoch werden auch innerhalb des staatlichen Sektors noch Ware-Geld-Kategorien angewandt. Es handelt sich also um den Übergang von der Ware zur Nicht-Ware. Die Anwendung von Ware-Geld-Kategorien beinhaltet auch die Möglichkeit, daß das gesellschaftliche Interesse durch betriebliche Sonderinteressen durchkreuzt wird: „Weiche Pläne“, „formale Planerfüllung“ usw.

Warum also überhaupt diese Krücke der Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors? Deshalb, weil die staatliche Planung und Leitung der Wirtschaft selbst nur eine niedere Stufe der Vergesellschaftung bezeichnet. Die zentralstaatliche Verwaltung der wichtigsten Produktionsmittel ist zwar notwendig, um die Vergesellschaftung überhaupt zu **beginnen**, um die warenproduzierenden Verhältnisse von Grund auf zu zerschlagen. Staatlichkeit beinhaltet je-

doch, daß es noch klassenmäßige Unterschiede und Interessen gibt, und so bilden sich auch innerhalb des Staates - und eben auch innerhalb des Apparats der staatlichen Wirtschaftsplanung und -lenkung - Sonderinteressen heraus, die sich gegen das gesellschaftliche Interesse stellen, auch wenn sie sich als gesellschaftliches Interesse tarnen. Die Staatlichkeit der Wirtschaftsleitung ist ihrerseits eine Krücke, ist Ausdruck eines - gemessen am entwickelten Kommunismus - relativ niedrigen Standes der Vergesellschaftung. Die von dieser Krücke ausgehende Fäulnis wäre übermächtig, würde sie nicht von einer anderen Krücke, eben von Ware-Geld-Beziehungen, gemildert.

Doch Krücken alleine könne nicht gehen. Das eigentliche kommunistische Element der Gesellschaft kommt insbesondere darin zum Ausdruck, daß immer mehr Arbeiter unmittelbar an der Planung und Leitung der Wirtschaft bzw. überhaupt aller gesellschaftlichen Bereiche teilnehmen. In dem Maße, wie dies geschieht, können hinsichtlich der Produktionsverhältnisse die „Warenkrücke“ und die „Staatskrücke“ zurückgedrängt werden. Freilich gibt es auch im entwickelten Kommunismus zentrale und dezentrale Funktionsebenen, doch die Zentralstellen werden **weniger** Entscheidungen zu treffen haben, weil auch die dezentralen Funktionsebenen (z.B. Betriebe) im gesamtgesellschaftlichen Sinne agieren. Dies ist dann möglich, weil alle Klassenunterschiede und klassenmäßigen Interessen weggefallen sind und weil die Gesellschaft allen in gleicher Weise ermöglicht, an Diskussionen und Beschlüßfassungen über gesamtgesellschaftliche Fragen teilzunehmen. Man braucht dann keinen Überzentralismus, um zu verhindern, daß Entscheidungen vor Ort von Sonderinteressen diktiert sind.

Dieses kommunistische Ele-

ment darf nicht in voluntaristischer Weise in subjektiven revolutionären Wünschen und Bestrebungen gesucht werden, sondern es wurzelt in den Produktivkräften und ist um so stärker, je entwickelter diese sind. In entwickelten kapitalistischen Ländern wie Deutschland trommeln die Manager des Kapitals selbst, man müsse das „Gold in den Köpfen der Beschäftigten“ erschließen, dezentralisieren sie Entscheidungskompetenzen, führen Gruppenarbeit ein usw. Die entwickelten Produktivkräfte **zwingen** sie dazu. Doch diese Versuche scheitern letztlich an der Logik der Kapitalverwertung, da jeder so erzielte „Fortschritt“ sich letztlich gegen die Arbeiter richtet. Hat aber die Arbeiterklasse die politische Macht erobert, so ermöglichen die entwickelten Produktivkräfte sehr viel raschere kommunistische Schritte, als dies in relativ rückständigen Ländern möglich war und ist. Es hängt somit entscheidend vom Charakter der Produktivkräfte ab, wie stark die der alten Gesellschaft entlehnten Krücken noch sein müssen und wie stark das eigentlich kommunistische Element der sozialistischen Gesellschaft sein kann. Allerdings hat man es auch in entwickelten Ländern nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse noch mit Menschen zu tun, deren Mentalität in der alten Gesellschaft geformt wurde, die durch die bürgerlichen Verhältnisse erzogen wurden, sich zunächst um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern, so daß auch hier auf die beiden genannten Krücken nicht verzichtet werden kann. Sind diese Krücken aber einmal installiert, so können sie die sozialistische Gesellschaft zwar stützen, zugleich reproduzieren sich aber auf dieser Grundlage Sonderinteressen, die das Voranschreiten der Gesellschaft zum Kommunismus behindern. Die objektiven Gegebenheiten **ermöglichen** zwar

dieses Voranschreiten, doch es gibt keinen Mechanismus dafür. Objektiv besteht auch die Möglichkeit, daß der kommunistische Keim erstickt wird, daß Staats- und Warenkrücke zur eigentlichen Daseinsform der Gesellschaft werden. Ist dies der Fall, dann hat die Gesellschaft ihren sozialistischen Charakter verloren, denn der Sozialismus ist die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus. Dies schließt nicht aus, daß die zentralstaatliche Verwaltung der Wirtschaft noch überwiegt, doch dies ist für sich allein genommen noch kein kommunistisches Element. Produzieren die Staatsbetriebe z.B. eine große Menge unverkäuflicher Produkte, die ihnen von der staatlichen Handelsorganisation abgekauft und dort als Ladenhüter gelagert werden, während die Verluste der Handelsorganisation durch nicht rückzahlbare „Kredite“ der Staatsbank gedeckt werden, so hat man es zwar mit **verstaatlichter** Produktion zu tun, doch die Interessen der Gesellschaft werden durchkreuzt, gesellschaftliche Mittel werden vergeudet. Hat die Arbeiterklasse nicht mehr die Möglichkeit, gegen solche Zustände organisiert zu kämpfen, so kann nach Auffassung der KPD trotz Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel nicht von Sozialismus die Rede sein. Daher bezeichnet die KPD die Sowjetunion, die DDR und andere Länder ab einem bestimmten Zeitpunkt Mitte der 50er Jahre als „revisionistische Länder“, was heißen soll, daß sie nicht mehr sozialistisch waren. Im Gegensatz zur früheren, auf einem maoistischen Dogma beruhenden Auffassung der KPD waren diese Länder allerdings auch nicht kapitalistisch, sondern eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus, während der Sozialismus eine Übergangsgesellschaft ist, die sich entweder voran zum Kommunismus oder zurück zum Kapitalismus entwickeln kann.

Welchen dieser beiden Wege eine sozialistische Gesellschaft nimmt, hängt im Rahmen der objektiven Gegebenheiten ent-

scheidend von den subjektiven Anstrengungen der beteiligten Menschen ab. Das objektive Interesse der Arbeiterklasse liegt im Voranschreiten zum Kommunismus, doch da dies nicht auf rein spontanem Wege geschieht, kommt der Vorhutpartei des Proletariats bis zum Erreichen des entwickelten Kommunismus eine wichtige Rolle zu. Allerdings spiegeln sich die verschiedenen, auch die **gegen** das Voranschreiten zum Kommunismus gerichteten Interessen innerhalb dieser Partei wider. Diese Partei steht nicht außerhalb des komplizierten und widersprüchlichen Ensembles der Verhältnisse der Übergangsgesellschaft, sondern ist Teil davon. Strategisch gesehen muß das Wirken dieser Partei darauf abzielen, sich selbst aufzuheben, indem immer mehr arbeitende Menschen an der unmittelbaren Leitung teilnehmen. Die Arbeiterklasse benötigt zwar bis zum Absterben der Klassen und des Staates die führende Rolle ihrer Partei in allen Bereichen der Gesellschaft, doch mit dem Prozeß der Verringerung von Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft muß diese Leitung qualitativ immer höhere Formen annehmen, muß sie in zunehmendem Maße darin bestehen, immer mehr Menschen unmittelbar in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse hinein-zuziehen.

Heiner Karuscheit und Alfred Schröder

Heiner Karuscheit und Alfred Schröder vertraten die Auffassung, das Verhältnis zur Bauernschaft habe „*das Grundproblem*“, und zwar ihrer Meinung nach offenbar das **einzige** Grundproblem der Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion dargestellt. Sie sprachen daher so gut wie ausschließlich über diese Frage. Logischerweise nahmen sie daher zum Versuch Peter Urbans, **unter Abstraktion von den Besonderheiten der Sowjetunion** allgemeine Schlußfolgerungen bezüglich der Bewegungsgesetze und Probleme des Sozialismus zu ziehen, gar nicht Stellung: Ihrer Auffas-

sung nach gibt es hier nichts zu abstrahieren, da eben **aus-schließlich** diese Besonderheit wesentliche Bedeutung gehabt habe.

Uns drängt sich dabei die Frage auf: Wenn dies so wäre, würde es sich dann überhaupt lohnen, große Anstrengungen auf die Untersuchung der Entwicklung der Sowjetunion zu verwenden? Schließlich haben wir es in Deutschland mit diesen Besonderheiten (schwach entwickelte Produktivkräfte, die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Bauern) **nicht** zu tun. Allerdings scheint uns die Annahme, der Sozialismus sei **immer** Übergang von der Ware zur Nicht-Ware und Übergang vom Staat zum Nicht-Staat, durchaus naheliegend und haben auch Karuscheit und Schröder auf dem Seminar keine Einwände gegen diese Annahme erhoben. Dann aber kann das Problem eben nicht auf die Bauernfrage reduziert werden.

Karuscheit und Schröder trugen zwar zu einzelnen Aspekten der Agrarfrage einige interessante Dinge vor, doch aufgrund dieses einseitigen Herangehens kamen sie zu einigen Schlußfolgerungen, die uns schlicht absurd erscheinen. So soll Chruschtschow die staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen **deshalb** liquidiert haben, um die Kolchosen ökonomisch zu ruinieren und damit das Voranschreiten der Vergesellschaftung zu fördern, was Karuscheit und Schröder als „linksradikal“ kritisieren, da es nicht den realen Bedingungen entsprochen und das Gegenteil des von Chruschtschow angeblich verfolgten Zwecks, nämlich die **Stärkung** der Kolchosen bewirkt habe.

Dr. Robert Steigerwald

Robert Steigerwald arbeitete zunächst einige Punkte heraus, in denen er mit den Einschätzungen im Sowjetunion-Buch übereinstimmt, so z.B. in der vorbehaltlosen Bejahung der Oktoberrevolution, in der Notwendigkeit, nach dem Scheitern der Revolution im Westen den Sozialismus im eigenen Land aufzubauen, in der Notwendigkeit,

zunächst zentralistische Leitungsmethoden aufzubauen, die aber später zum Hindernis wurden.

Eine grundlegende Differenz zu den Positionen der KPD bestand, wie zu erwarten war, in der Einschätzung der Rolle Stalins. Eine andere Differenz bestand darin, daß Steigerwald zwar einige Fäulniserscheinungen in der Sowjetunion und der DDR recht klar benannte, aber dennoch daran festhielt, diese Länder seien bis zuletzt sozialistisch gewesen. Zur Begründung führte er an, daß „*die Masse des gesellschaftlich erzeugten Mehrprodukts nicht mehr privat angeeignet worden*“ war. „*Deshalb war dies eine sozialistische Gesellschaftsordnung.*“ Peter Urban erklärte hierzu, nach diesem Kriterium wäre auch die asiatische Produktionsweise sozialistisch gewesen, in der die erforderlichen großangelegten Bewässerungsanlagen staatlich waren und von einer hierarchischen Beamtenhierarchie verwaltet wurden. Staatliche Eigentumsformen seien nicht an sich fortschrittlich, sondern nur dann und nur solange, wenn bzw. wie sie als Mittel zur kommunistischen Vergesellschaftung genutzt würden, und dies sei eben in der Sowjetunion und anderen Ländern ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr der Fall gewesen.

Eine entscheidende Ursache der negativen Entwicklung der Sowjetunion sah Robert Steigerwald darin, daß im Zusammenhang mit der Beendigung der Neuen Ökonomischen Politik „*die Orientierung an ökonomischen Gesetzen und des Wirkens ökonomischer Hebel durch politischen Dirigismus*“ ersetzt worden seien. Faktisch beklagt er damit, daß man sich nicht mehr entscheidend am Wertgesetz orientierte. In dieser Frage scheint uns allerdings die Position des Genossen Steigerwald nicht eindeutig. Einerseits erklärte er, im Sozialismus sei es notwendig, „*einen stets wachsenden Teil ökonomischer und sozialer Aktivitäten dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes*

zu entziehen“. Andererseits erklärte er, das Wertgesetz müsse selbst im Kommunismus noch vorherrschend bleiben. Steigerwald zufolge sei Marx dieser Auffassung gewesen, eine Behauptung, der Urban entschieden widersprach. Ein unverrückbarer Kernpunkt der Lehre von Marx und Engels, so führte Peter Urban aus, besteht darin, daß das Wertgesetz als Gesetz der Warenproduktion im entwickelten Kommunismus beseitigt sein wird.

Diskussion über das Wertgesetz

Das Wertgesetz in der Übergangsgesellschaft war denn auch einer der größeren Diskussionspunkte. Diethard Möller und Peter Urban führten hierzu aus, daß das Wertgesetz im Kommunismus nicht etwa durch Willkür und ökonomische Gesetzlosigkeit ersetzt sein wird, sondern durch das Gesetz der Ökonomie der Zeit. Das Wertgesetz bewirkt, daß auf Dauer keine Produktion möglich ist, bei der mehr Arbeitszeit auf ein bestimmtes Produkt verwandt wird als im gesellschaftlichen Mittel, doch dies geschieht mittels verheerender Krisen und sonstiger Katastrophen; heute werden nicht selten riesige Kapazitäten aufgebaut und dann vernichtet. Vor allem aber gibt es im Kommunismus - und in wachsendem Maße bereits im Sozialismus - eine höhere Rentabilität als die kurzfristig betrachtete Rentabilität einer einzelnen gesellschaftlichen Einheit. So arbeiteten die Betriebe der Schwerindustrie in der Stalinschen Sowjetunion häufig mit Verlust, mußten also subventioniert werden, doch der gesamtgesellschaftliche Nutzen, den die Schwerindustrie erbrachte, überwog.

Das Gesetz der Ökonomie der Zeit orientiert sich am gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Auch hier wird der einzelbetriebliche mit dem gesamtgesellschaftlichen Aufwand verglichen. Benötigt der Einzelbetrieb mehr Arbeitszeit als im gesellschaftlichen Mittel, so werden die Ursachen erforscht, und dem ste-

hen **im Kommunismus** keine klassenmäßigen Interessen mehr entgegen. Liegt es z.B. daran, daß eine einzelne Betriebseinheit rückständige Produktionstechniken anwendet, so wird dieser Mangel abgestellt. Liegt es an schlechteren natürlichen Bedingungen, z.B. an schlechterem Boden bei landwirtschaftlicher Produktion, so kann die Gesellschaft bei Anwendung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit eine bewußte Wahl treffen. Sie kann die Produktion an diesem Ort einstellen oder trotzdem fortführen, beispielsweise in der Erwägung, daß bei Einstellung der Produktion unter schlechteren Bedingungen nicht die gesellschaftlich gewünschte Menge der betreffenden Produkte hergestellt werden könnte. Es kann sich sogar zeigen, daß der größere Arbeitsaufwand langfristig gesehen doch mit einem größeren gesellschaftlichen Nutzen verbunden ist. Bleiben wir beim Beispiel Boden, so kann dies deshalb der Fall sein, weil die betreffende Art der Bodennutzung den Boden langfristig schont. In diesem Fall wird sich die Gesellschaft auf Grundlage des Gesetzes der Ökonomie der Zeit sogar dafür entscheiden, die anderen Betriebe, die scheinbar (nämlich kurzfristig gesehen) rentabler arbeiten, auf scheinbar (nämlich kurzfristig gesehen) unrentablere Technik umzustellen, was der Gesellschaft aber langfristig betrachtet den größeren Nutzeffekt bringt. Aus allen diesen Gründen ist das Gesetz der Ökonomie der Zeit dem Wertgesetz weit überlegen. (Zu den negativen Folgen der Wirkung des Wertgesetzes vgl. auch den Artikel in diesem Roten Morgen über die Schäden durch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft.)

Da es allerdings in der Übergangsgesellschaft, im Sozialismus, noch klassenmäßige Interessen gibt, kann das Gesetz der Ökonomie der Zeit dort noch nicht flächendeckend wirken. Peter Urban wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eben aus diesem Grunde das Wertgesetz noch nicht vollstän-

dig beseitigt werden könne, daß es noch einen bestimmten Wirkungsbereich habe. Dieser Wirkungsbereich und die Wirkungen des Wertgesetzes in diesem Bereich, so Peter Urban, müßten allerdings noch genauer untersucht werden. Stalin habe hier Pionierarbeit geleistet, die Sache aber nicht abschließend geklärt. Zwar dürfe das Wertgesetz nicht der hauptsächlichste Regulator der Produktion sein, aber bis zu einem gewissen Grade müsse es eben im Sozialismus doch noch regulierend auf die Produktion wirken. So könne man durch begrenztes Wirken des Wertgesetzes auf die Produktion dem oben geschilderten Zustand entgegenwirken, daß Betriebe unverkäufliche Produkte liefern, die von der Handelsorganisation bezahlt werden, deren Verluste dann von der Staatsbank gedeckt werden. Die Unverkäuflichkeit kann z.B. darin liegen, daß die Betriebe zwar formal den Plan erfüllen, aber Produkte herstellen, die nicht dem Geschmack der Konsumenten entsprechen. Der Umstand, daß diese Produkte keinen Gebrauchswert haben, müsse dann vom Verbraucher zum produzierenden Betrieb in der Weise durchschlagen, daß dieser dann weniger Investitionsmittel zugeteilt bekomme. In diesem Falle wirke das Wertgesetz in eingeschränktem Maße regulierend auf die Produktion, denn der betreffende Betrieb habe dann im Eigeninteresse (aufgrund seines noch bestehenden Sonderinteresses) Veranlassung, statt der betreffenden Produkte andere herzustellen, nach denen Nachfrage bestehe, freilich aber nur innerhalb des Spielraums, den der Plan lasse.

Anwendung auf heutige Probleme

Sowohl Robert Steigerwald als auch die Redner der KPD wiesen darauf hin, daß die auf diesem Seminar diskutierten Probleme bereits heute aktuelle Bedeutung haben. So sprach Steigerwald über die Frage der Normen des Parteistatuts, Rechenschaftslegung, Kontrolle und Abwählbarkeit von Funktionä-

ren der kommunistischen Partei. Peter Urban erklärte, das von ihm skizzierte Schema bezüglich der sozialökonomischen Triebkräfte innerhalb des Sozialismus sei im Mikrokosmos auf die kommunistische Partei bereits im Kapitalismus anzuwenden. Bestimmte Krücken der alten Gesellschaft wie bestimmte Arbeitsteilungen, ein bestimmter Grad auch an formaler Disziplin usw. seien nötig, müßten aber durch kommunistische Selbsttätigkeit und kommunistisches Bewußtsein der einzelnen Kollektive und Mitglieder in Grenzen gehalten werden, damit weder Bürokratismus noch Liberalismus überhandnehmen könnten.

Fazit

Alles in allem kann ein sehr positives Fazit gezogen werden. Sowohl an der Teilnehmerzahl als auch an der Beteiligung an der Diskussion zeigte sich das große Interesse am Thema Sozialismus, ebenso darin, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich in großer Disziplin auf die teilweise recht schwierigen theoretischen Debatten konzentrierten.

Es erwies sich auch als richtig, mit verschiedenen politischen Kräften die Diskussion zu suchen. Gerade DKP und KPD standen sich in früheren Zeiten regelrecht feindselig gegenüber. Die Diskussion zwischen Genossen Steigerwald und den Vertretern der KPD verlief indessen bei allen, teils auch grundlegenden Differenzen sachlich, solidarisch und in angenehmem Stil.

Es sollte nicht das letzte Seminar sein, in dem in überparteilichem Rahmen über Fragen des Marxismus und der Arbeiterbewegung diskutiert wird.

Die schriftlich vorliegenden Redebeiträge werden in einer Broschüre des Verlags Roter Morgen veröffentlicht werden.

Der Papastbrief zur kirchlichen Schwangerschafts"beratung"

Alte Männer proben erneut Sturm auf die Frauen

Wieder einmal ist der Papst auf dem Vormarsch gegen die Frauen. Bei der Durchsetzung des derzeitigen Abtreibungsrechts wurde die Zwangsberatung mit Beratungsschein federführend von der katholischen Kirche durchgesetzt. Jetzt droht sie, aus der Scheinvergabe, nicht aber aus der Beratung auszusteigen. Und eigentlich soll der Staat trotzdem weiter für die Beratung zahlen. Die katholische Kirche fordert damit einen Sonderstatus im deutschen Recht. Man(n) ist wohl der Meinung, daß die Kirche sich ihren rechtsfreien Raum auch auf diesem Gebiet schaffen kann - beim Arbeitsrecht ist ihr das schließlich schon gelungen.

In Hessen und Thüringen, dem Einflußgebiet von Hetzer Dyba, stellen die katholischen Beratungsstellen schon geraume Zeit keine Beratungsscheine mehr aus - erhalten aber auch vom Land kein Geld mehr für die Beratung. Daß das jetzt auch den anderen katholischen Beratungsstellen passieren kann, nennt der Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Rudolf Hammerschmidt, „das Übelste, was man an Autoritätsmißbrauch tun kann!“

Übler Autoritätsmißbrauch wird ausgeübt - aber vom Gesetzgeber und der katholischen Kirche! Es ist ein übler Autoritätsmißbrauch, daß Frauen zwar die



Eine abbruchreife Bude!

aus: „Revolution & Wirklichkeit“, von Kola, 19.80 DM, Verlag RM

Büro des Verlag

RM und der KPD:

Kolbstr. 5 (im
Hirtenhof)

70178 Stuttgart

Öffnungszeiten:

Mo 17-19 Uhr

Verantwortung für die Kinder übernehmen sollen - in zunehmenden Maße auch ohne Partner - aber nicht ohne Bevormundung entscheiden dürfen, ob diese Kinder geboren werden.

Der § 218 muß weg - solange

es ihn aber noch gibt, müssen unabhängige Beratungsstellen flächendeckend verfügbar sein. Es darf keinen rechtsfreien Raum für die katholische Kirche geben, in dem sie Frauen in Not-

lagen noch weiter unter Druck setzen kann. Nehmt doch endlich den alten Männern das Recht, über das Leben der Frauen zu entscheiden.

Weg mit den § 218